neue kritik

AUS DEM INHALT:

Gegen den Bildungsauftrag der Wohnheime

Material: Wissenschaft und Nachwuchsplanung

Am Beispiel Marburgs

Solidarität ?

Portugal - Die sanfte Barbarei

Zur Situation Frankreichs in Algerien

Cuba

Buchbesprechungen

Mitteilungen des Bundesvorstandes

Mitteilungen aus den Gruppen

neue kritik
informationen
Februar 1961

Herausgegeben vom Bundesvorstand des SDS

Verantwortlich: Peter Märthesheimer
Frankfurt am Main
Ginnheimer Landstr. 40

Postscheckkonto: 31 607 PschA Ffm.

GLEICHSCHALTUNG SPART STIPENDIEN

Heinz Grossmann

Kürzlich las man zwei Nachrichten: daß 45 % der Studentenschaft der CDU nahestünden und fast 60 % mit der Politik Adenauers einverstanden seien, meldete die erste; daß in der Bundesrepublik die Zahl der Stipendiaten nach dem "Honnefer Modell" laufend stark zurückgehe, besagte die zweite. Diese beiden Nachrichten müssen in einem engen Zusammenhang gesehen werden.

Das Honnefer Modell als erster Ansatz systematischer Studentenförderung im westlichen Deutschland wurde der Bundestagsmehrheit 1957 als Wahlgeschenk an die Studenten abgetrotzt. Dazu war Voraussetzung, daß sich bei der Christlichdemokratischen Kanzlerpartei tatsächlich die Meinung bildete, ein solches Geschenk an die Studentenschaft sei unumgänglich. Heute fragt man sich, wie es zu dieser Meinung überhaupt kommen konnte.

Den zuerst vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund präzisierten Forderungen nach grundsätzlicher Breitenförderung der Studenten ("Studium ist Arbeit für die Gesellschaft") und der starken Resonanz des von harten Forderungen beherrschten Deutschen Studententages 1956 in Hamburg war es zu verdanken, daß sich die CDU von einem unguten Gefühl beschlichen fühlte, was ihre politische Vormachtstellung an den Universitäten betraf. Die Universitäten waren zu einem innenpolitischen Hauptkampfplatz gegen das konservative Fundament der CDU-Politik geworden. Die klassischen bürgerlichen Argumente gegen "wohlfahrtsstaatliche Tendenzen" und "kalte Sozialisierung" wurden in der hochschulpolitischen Diskussion nicht mehr ernst genommen (was man von den übrigen Bereichen der Politik nicht behaupten konnte). Die Studentenschaft zeigte ein Selbstbewußtsein, das die Parteien erschreckte oder faszinierte. Die parlamentarische Opposition machte sich in erstaunlichem Umfang zum Sprecher der studentischen Forderungen. Jenes Gespenst des Bündnisses von Arbeitern und Intelligenz, welches dem Besitzbürgertum Urängste einzuflößen geeignet ist, zeichnete sich ab. Daß die Sorgen der CDU nur zu berechtigt waren, zeigte sich bei der Einführung des Honnefer Modells in Berlin, wo Tausende entschlossener Studenten am 7. Juli 1957 einen Festakt mit Heuss und Adenauer zu sprengen drohten, um ihren Forderungen auf Ausweitung des Honnefer Modells Gehör zu verschaffen. Dieser angeblich so unakademische "Druck der Straße" - dem man als anständiger Konservativer bekanntlich nicht weichen darf - war es auch, der die CDU an der sofortigen Verfälschung des Honnefer Modells hinderte und sogar die Förderung durch Darlehen vorübergehend ins Wanken brachte.

Heute, 1961, können wir feststellen, daß die Zugeständnisse von da-

informationen 4

mals fast vollständig zurückgenommen worden sind, daß die mit dem Honnefer Modell gemeinte Breitenförderung wieder in die alte sogenannte Hochbegabtenförderung umgefälscht wurde und die Stipendienvergabe nicht nur stagniert, wie 1958 allenfalls befürchtet, sondern im prozentualen Anteil und in absoluten Zahlen (bei ständig wachsender Studentenschaft) rückläufig ist. Selbst im Wahljahr sind die Bastionen der CDU nicht im Mindesten bedroht.

Gleichzeitig ist der letzte noch etwas unbequeme Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) zu Fall gebracht worden. Der VDS scheint weniger denn je geeignet, gegen die studentenfeindliche Politik der Bund esregierung zu protestieren, geschweige denn wirksame Maßnahmen einzuleiten.

Hatte denn der VDS jemals aus sich heraus die Kraft, gegen diese Politik aufzustehen? Die Bejahung dieser Frage würde jenen recht geben, die den VDS immer für eine Studentengewerkschaft gehalten haben. Aber er ist keine Gewerkschaft, sondern eine "Organisation", der 200 000 Studenten als zahlende Mitglieder angehören, ohne sich dessen überhaupt bewußt zu sein und die Verpflichtungen damit einzugehen. Der VDS ist trotz seiner demokratischen Struktur - seine stimmberechtigten Mitglieder sind formal die örtlich gewählten Allgemeinen Studentenausschüsse - nur noch eine Bürokratie. Er ist umso mehr zur Bürokratie verblaßt, als die ihn demokratisch einzig legitimierenden Wahlen zu den Allgemeinen Studentenausschüssen infolge der unterbliebenen Demokratisierung der Hochschulen und der "Entpolitisierung" der Studentenschaft weithin zur Farce geworden sind.

So steht und fällt das innenpolitische Gewicht der Studentenschaft mit dem Gewicht derjenigen studentischen Gruppierungen, die politische Forderungen zu artikulieren vermögen und ihnen Resonanz zu geben verstehen. Eine Studentenschaft, die politisch nicht als unbequem gilt, ist hinsichtlich ihrer sozialen Forderungen völlig unbeachtlich. Nur wenn sich in der Studentenschaft politisches Bewußtsein bildet, das zur Erkenntnis des Gesamtzusammenhanges einer Politik wie der Adenauers führt, ist eine nachdrückliche Vertretung studentischer Interessen möglich. Eine solche Bewußtseinsbildung aber wird sicher nicht ohne die politisch progressiven Studentengruppen geschehen.

Es half 1956 dem "Rheinischen Merkur" gar nichts, daß er den Hamburger Studententag einen "Studententag in Rot" schimpfte: solange sich die aktiven und gesellschaftlichen Fragen aufgeschlossenen Teile der Studentenschaft immer wieder um den Sozialistischen Deutschen Studentenbund und andere progressive Verbände kristallisierten, mußten auch die Forderungen des Verbandes Deutscher Studentenschaften ernst genommen werden.

Es hilft heute dem "Parlamentarisch-Politischen Pressedienst" der SPD gar nichts, daß er die Gleichschaltung des Verbandes Deutscher Studentenschaften bejammert. Die entscheidende Phase dieser Gleichschaltung begann mit der Ausschaltung und Verketzerung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, die ja nicht zufällig mit außerhochschulpolitischen, vor allem mit außenpolitischen Argumenten, vollzogen werden mußte. Mit der hochschulpolitischen Isolierung des SDS wurde erst der Weg frei zur Gleichschaltung des VDS.

Durch ihren so energisch geführten Kampf gegen die sozialistische Studentenorganisation hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die politische Immunisierung der Studenschaft mitvollzogen und mitverschuldet. Sie hat eine Schlacht verloren, ohne es überhaupt zu bemerken.

GEGEN DEN BILDUNGSAUFTRAG DER WOHNHEIME

Nach dem im November 1958 vom Kuratorium des Deutschen Studentenwerkes vorgelegten "Düsseldorfer Wohnheimplan" fehlten bereits im Wintersemester 1958/59 35 000 Wohnheimplätze. x)

Dieser Berechnung lag zugrunde, daß 30 % der Studenten in ein Wohnheim ziehen wollten. Inzwischen hat sich dieser Bedarf durch das Anwachsen der Studentenzahlen erheblich erhöht. Die Zahl der Studenten, die in einem Wohnheim untergebracht werden möchten, ist, nach einer Untersuchung des Soziologischen Instituts der Freien Universität Berlin, auf 50 % angestiegen. Mit den zur Zeit vom Bund und den Ländern bereitgestellten Mitteln können jährlich aber nur etwa 2 700 bis 3 000 Wohnheimplätze errichtet werden, so daß der Düsseldorfer Wohnheimplan, der in fünf Jahren, d. h. bis 1963/64 durchgeführt werden sollte, nicht einmal den 1959 errechneten Bedarf an Wohnungen decken wird. Geschweige denn wird unter der Voraussetzung der derzeitigen Maßnahmen auch nur mit einer annähernden Beseitigung der studentischen Wohnungsnot nach ihrem jetzigen Stand zu rechnen sein.

Fehlten 1959 bei 16 000 vorhandenen Plätzen in 240 Heimen (in denen 9 % der Studenten untergebracht waren) insgesamt 35 000 Plätze, so würden 1963 zwar voraussichtlich 28 000 zur Verfügung stehen, jedoch wäre, selbst unter der Annahme, daß nur 30 % der Studenten einen Wohnplatz wünschten, immer noch ein Defizit von 47 000 Plätzen zu verzeichnen.

Geht man dagegen von der Tatsache aus, daß 50 % der Studenten in einem Wohnheim wohnen möchten, so fehlten im Wintersemester 1958/59 nicht nur 35 000 Plätze, sondern 69 000. Diese Zahl wird sich (immer vorausgesetzt, daß bis dahin 28 000 Plätze vorhanden sein werden) bis 1963/64 auf 97 000 erhöhen.

Die folgende Tabelle veranschaulicht diese Entwicklung:

Bedarf an Wohnheimplätzen für 50 % der Studentenschaft

Haushaltsjahr	Studzahl	Bedarf an Plätzen	vorh. Plätze	% der Studenten	fehlende Plätze
59/60	170 000	85 000	16 000	9	69 000
60/61	199 500	99 300	19 000	9, 5	80 300
61/62	218 400	109 200	22 000	10	87 200
62/63	235 000	117 500	25 000	10, 6	92 500
63/64	250 000	125 000	28 000	11, 2	97 000

Wenn die Bundesregierung nur den von ihr selbst anerkannten Düsseldorfer Wohnheimplan einhalten wollte, der sich nur auf 30 % Studenten, die einen Wohnheimplatz suchen, bezieht, so müßte sie jährlich ca. 40 Millionen Mark für den Bau von Studentenwohnheimen ausgeben. Die gestiegenen Studentenzahlen und die rapide steigenden Wohnbaukosten lassen aber die finanziellen Planungen von 1958/59 längst als überholt erscheinen. Auch die für das Haushaltsjahr 1961 angesetzten Mittel entsprechen nicht der jetzigen Situation; vielmehr erforderte die Errichtung von Wohnheimplätzen für 50 % der Studenten den Betrag von 1, 15 Milliarden DM.

x) Die Zahlen sind entnommen einem Memorandum des VDS zum Düsseldorfer Wohnheimplan.

Die genannten Zahlen verdeutlichen nicht nur, daß der Düsseldorfer Wohnheimplan heute einer vollständigen Revision bedarf, sondern vor allem, daß die Anstrengungen zur Beseitigung der dringendsten Wohnungsnot der Studenten sehr erheblich verstärkt werden müssen.

Neben den finanziellen Schwierigkeiten ist jedoch das Wohnheimprojekt noch mit einer weiteren grundsätzlichen Unzulänglichkeit behaftet: der "Wohnheimideologie".

Sie fängt an beim Doppelzimmer als der "kleinsten Zelle des Gemeinschaftsgeistes" und will den Studenten über die Unzulänglichkeit der Unterbringung dadurch hinwegtäuschen, daß sie ihm vormacht, dies sei seiner eigenen sozialen Entwicklung und seinen eigenen Interessen förderlich. Das Festhalten an ihr wird nicht selten damit begründet, sie solle den der heutigen "Massenuniversität" hilflos ausgesetzten Studenten, zumal den jüngeren, Möglichkeiten des "akademischen Gemeinschaftslebens" neu eröffnen. Aus dieser Gegenüberstellung spricht unverhüllt noch die Tradition der deutschen Innerlichkeit, die in der Kontroverse um die Begriffe Gemeinschaft und Gesellschaft, Kultur und Zivilisation, allemal Partei nahm für den ersten. Auch in der Pädagogik wird heute oft das Argument gebraucht, erst aus den überschaubaren Verhältnissen der Gemeinschaft könne sich das Verstehen größerer Zusammenhänge, also der Gesellschaft, ergeben. Indem so aber die Gesellschaft gewissermaßen nur als ein ins Überdimensionale gesteigertes Modell der Gemeinschaft erscheint, wird zugleich impliziert, daß auch reale gesellschaftliche Widersprüche durch partnerschaftliches, "menschliches" Verstehen wegdiskutiert werden können.

Was sich aus der gegenwärtigen Situation nun für die Bemühungen um eine Beseitigung der studentischen Wohnungsnot künftig ergibt, ist ein doppeltes: einmal die Bereitstellung eines angemessenen Wohn- und Arbeitsplatzes, zum anderen die Befreiung von einer ohnehin nur aufgesetzten Bildungsidee, die künstlich einen Zusammenhang herstellen soll, der sonst nicht besteht.

Über eine mögliche Lösung dieses Problems ist diskutiert worden im Zusammenhang mit dem, was polemisch und abwertend als "Studentenhotel" bezeichnet wurde, besser aber mit dem Begriff eines Studentenwohnhauses zu belegen wäre. Sie wurde unlängst auch von dem Rektor der Frankfurter Universität, Prof. Dr. Karl Hax, in einem Gespräch über den Ausbau der sozialen Einrichtungen vorgeschlagen. Prof. Hax sagte, es sei ein Irrtum zu glauben, Gemeinschaftsgeist könne in Studentenheimen einfach erzeugt werden und warnte davor, ihre Bedeutung zu überschätzen. Nach seinem Vorschlag sollten Studentenhotels errichtet werden, in denen sich die Studenten ein Zimmer mieten können. Bau, Finanzierung und Verwaltung dieser Häuser sollten von großen Lebensversicherungen übernommen werden.

Dem hier geäußerten Zweifel an dem Bildungsauftrag der Wohnheime ist fraglos zuzustimmen. Schon im Zusammenhang mit dem Berliner Studententag war von Mitgliedern des SDS die Forderung nach dem Bau solcher Studentenwohnhäuser erhoben worden. Bedenken müssen allerdings angemeldet werden gegen den Vorschlag, die Finanzierung derartiger Projekte solle von großen Lebensversicherungen (oder ähnlichen Institutionen) übernommen werden.

Zunächst einmal hätte eine Finanzierung aus nichtöffentlichen Mitteln zur Folge, daß, ähnlich wie in Apartementhäusern, die Mieten auf eine für Studenten kaum zumutbare Höhe getrieben würden. (Die für die Studentenwerke aufgrund der Gemeinnützigkeitsverordnung gültige Einschränkung, keine Gewinne erwirtschaften zu dürfen, gilt für die freie Wirtschaft bislang noch nicht.)

Zum anderen sind in der Diskussion um die Frage "Studentenhotel" - "Studentenwohnheim" Stimmen laut geworden, die "Studentenhotels", oder ohne die polemische Übertreibung, "Studentenwohnhäuser", nur als einen für Examenskandidaten oder Doktoranden geeigneten

Wohntyp gelten lassen und deren Bau vollständig der freien Wirtschaft, also etwa Lebensversicherungen, übertragen wissen wollen. Dieser Meinung jedoch, daß "Studentenhotels" nicht im Interesse der Universität liegen und daher ihre Errichtung "ohne Gewährung von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln den gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften oder freien Trägern überlassen bleiben" solle, (vgl. Horst Bachmann, Zur Frage: Studentenwohnheime, Die Deutsche Universitätszeitung, 1/1961) muß energisch widersprochen werden. Bedeutet sie doch, daß von der Regierung nur Projekte wie die üblichen Wohnheime samt deren geschildertem Bildungsauftrag finanziert werden sollen. Demgegenüber ist aber entschieden auf das Interesse der Studenten hinzuweisen - und wie anzunehmen ist, wohl auf das aller, nicht nur der Examenskandidaten. Dieses Interesse ist gerichtet auf einen ungestörten Wohn- und Arbeitsplatz zu einem der wirtschaftlichen Situation der Studenten entsprechenden Preis. Diesem durchaus legitimen Interesse wird heute aber in keiner Hinsicht Rechnung getragen, sowohl was die zur Beseitigung der objektiv vorhandenen Wohnungsnot der Studenten ergriffenen Maßnahmen betrifft wie auch hinsichtlich ihrer subjektiven Wünsche. Mit dem Bau von Studentenwohnhäusern wäre eine Lösung gezeigt, die einem wirklichen Bedarf entspricht und keiner Ideologie. Dem studentischen Mieter sollte es freigestellt bleiben, das Maß an "Gemeinschaftsgeist" aufzubringen, das er selbst für erforderlich hält.

[redacted] hg

MATERIAL DES SDS-ARBEITSKREISES "WISSENSCHAFT UND NACHWUCHSPLANUNG"

Stellungnahme zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen (Teil I, wiss. Hochschulen)

Im Rahmen der Wissenschaftsförderung kann man bisher einen ausgesprochenen Mangel an Planung feststellen, obwohl die Erfassung des Finanzbedarfs einerseits und die Koordination der Finanzvergabe andererseits einen wesentlichen Bestandteil sinnvoller und überschaubarer Förderung darstellen.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates stellen nun einen ersten umfassenden Beitrag zur Feststellung des Finanzbedarfs dar, der in Abstimmung mit Vertretern der Länder und des Bundes von Seiten der Hochschulen an die Öffentlichkeit herangetragen wird. Das wesentliche Verdienst liegt in einer detaillierten Untersuchung der augenblicklichen Lage an den Hochschulen vor allem hinsichtlich des Lehrkörpers und der Baulichkeiten und davon ausgehend in einer genauen Aufschlüsselung der fehlenden Lehrkräfte sowie der fehlenden Räumlichkeiten. Bei der Bedarfseinstellung wird die augenblickliche Zahl der Studenten von rund 200 000 zugrundegelegt. Die für die nächsten 4 Jahre (d.h. bis 1964) anwachsende Zahl von 200 000 auf 240 000 Studenten (vom Wissenschaftsrat ermittelt) soll in drei neugegründeten Universitäten sowie weiteren ausgebauten technischen Universitäten Aufnahme finden. Zulassungsbeschränkungen wurden vom Wissenschaftsrat ausdrücklich abgelehnt. "Demnach werden die zur Zeit bestehenden wissenschaftlichen Hochschulen nach Auffassung des Wissenschaftsrates erst nach ihrem Ausbau eine Ausbildungskapazität haben, die gerade der bereits jetzt vorhandenen Zahl der Studenten gerecht wird.

Bei der Feststellung des Fehlbedarfs und positiver Vorschläge zur Überwindung der augenblicklichen Mangelerscheinungen, sah sich der Wissenschaftsrat gezwungen, Vorstellungen über eine wissenschaftsfördernde, den Lehrbedingungen entsprechende Hochschulstruktur zu entwickeln.

1. Nicht nur die Vorstellung eines gesunden Verhältnisses von Lehrkörper und Studentenzahl

mußte konzipiert werden, auch die Frage der Gliederung dieses Lehrkörpers, seiner Vermehrung an der Spitze oder im Mittelbau, Probleme der Hierarchie, sowie die Frage des wissenschaftlichen Unterbaus, der Lage der Assistenten etc., mußten erörtert werden.

II. Voraussetzung für die Vorschläge des Ausbaus der Universitäten war die Festlegung der für Lehre und Forschung vorteilhaftesten Größe der Institute, sowie ihrer Anzahl, ihrer Struktur und schließlich ihres Sachmittelbedarfs. (Probleme der Selbstverwaltung, Überschaubarkeit etc.) Dasselbe galt auch für die Größe und Zahl der Hörsäle und Seminarräume.

III. Bei dem Ausbau der einzelnen Fakultäten, vornehmlich der naturwissenschaftlichen, sah sich der Wissenschaftsrat dem Problem hochspezialisierter Teilgebiete und ihres kostspieligen Ausbaus gegenüber. Dieses führte ihn zu Überlegungen und Vorschlägen bezüglich der Bildung von Schwerpunkten und Sondergebieten an den einzelnen Hochschulen.

Im folgenden sollen nun kurz die Vorschläge des Wissenschaftsrates skizziert und auf die den Vorschlägen zugrundeliegenden Vorstellungen verwiesen werden, sowie, wo möglich, Kritik und Probleme angedeutet werden.

I. Die Erweiterung des Lehrkörpers ist von mehreren Faktoren bestimmt.

1) Es soll ein gesundes Verhältnis von Lehrstuhl und Anzahl der Studenten hergestellt werden.
Im Jahre 1960 entfallen auf 1 Lehrstuhl durchschnittlich 63, 3 Studenten. (vgl. 1928 kamen 36, 6 Studenten auf 1 Lehrstuhl)
Jedoch ist diese Zahl wenig aufschlußreich. Der Wissenschaftsrat ging vielmehr von dem jeweils zu befürwortenden Verhältnis von Studenten und Lehrstuhl in den einzelnen Fakultäten bzw. Fächern aus. Die von ihm berechneten Relationen schwanken zwischen 20-30 Studenten je Lehrstuhl in den Fächern der Philosophischen Fakultät und 100-150 in den Fächern der Wiso- und Jur. Fakultät. Insgesamt wurde eine Vermehrung der augenblicklichen Lehrstühle (3160) um 1 200 errechnet und für die augenblickliche Studentenzahl vorgeschlagen.

2) Mit der Herstellung dieser Relationen soll zweierlei erreicht werden:
a) Eine Entlastung der Professoren und eine Intensivierung der Forschung für die Lehrenden, eine Bereitstellung der Forschenden für die Lehre;
b) die Begegnung der Studenten mit der lebendigen Wissenschaft.
Der Wissenschaftsrat hält an der Konzeption der Einheit von Forschung und Lehre fest. Die aus der Spezialisierung der Forschung und der Breite der Ausbildung in der Lehre entstehende Spannung sucht er zu lösen:
1. durch personellen Ausbau
2. durch Befreiung der Lehrstuhlinhaber von Verwaltungsaufgaben und übermäßigen Unterrichtsaufgaben
3. durch Freistellung der Dozenten für wissenschaftliche Arbeiten
4. durch Intensivierung des Unterichts in kleinen Arbeitsgruppen.

Mit diesen Vorschlägen ist gewiß sowohl eine Intensivierung der Forschung als eine Verbesserung des Unterrichts zu erwarten. Jedoch ist damit das Problem der Spannung von spezialisierter Forschung und breiter Ausbildung nicht gelöst. Ein Professor der Philosophie z.B., der eine Vorlesung über die Geschichte der Philosophie hält, ist gerade angesichts der hohen Spezialisierung nicht mehr in der Lage, den neuesten Stand der Forschung vorzutragen, außer auf den Gebieten, die Gegenstand seiner eigenen Forschung sind. Daran ändert im Prinzip auch eine Vermehrung der Lehrstühle oder eine Entlastung von Verwaltungsaufgaben nichts. Vielmehr wird hier deutlich, daß diese Probleme einen Teil der Gesamtproblematik der Studienreform darstellen.

Dennoch sei hervorgehoben, daß die stärkere Einführung der kleinen, überschaubaren Arbeitsgruppen für den allgemeinen Lehrbetrieb Perspektiven für eine intensivere und anregendere Unterrichtsmethode eröffnet. Auch die Einrichtung von Parallellehrstühlen in überfüllten Fächern, wie sie der Wissenschaftsrat vorschlägt, würde den Unterricht entlasten und anregender gestalten.

3) Eine Vermehrung der Lehrstühle und die Schaffung neuer und zahlenmäßig erweiterter, auf den Lehrstuhl bezogener, Stellen sollen die Probleme des wissenschaftlichen Nachwuchses lösen.
Neu geschaffen, bzw. erweitert werden sollen die Institutionen der wissenschaftlichen Räte, Kustoden und Studienräte im Hochschuldienst. Aus dieser Gruppe sollen insgesamt 2 Stellen auf 2 Lehrstühle entfallen.
Die Diätendozentenstellen sollen 1/3 der Zahl der Lehrstühle betragen. Die Zahl der Assistenten soll an den Universitäten durchschnittlich das Verhältnis 2 je Lehrstuhl, an den TU 4 : 1 betragen. Die hier angeführten Relationen können nicht kritisch überprüft werden. Eine Erweiterung des sog. wissenschaftlichen Unterbaus ist sowohl zur Entlastung des Lehrbetriebes als auch der Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses sehr zu begrüßen.
Jedoch scheint damit die Problematik des persönlichen Status, d.h. genauer des durch die Universitätshierarchie bedingten persönlichen Abhängigkeitsverhältnisses des wissenschaftlichen Nachwuchses vom Lehrstuhlinhaber in keiner Weise gelöst zu sein. Dieses scheint um so weniger der Fall zu sein, als der Wissenschaftsrat an der Tradition der Auswahl des Nachwuchses in den Seminaren höherer Semester durch den Professor festhält. Wie sehr bei der Gunst des Professors häufig persönliche Momente, auf Seiten der Studenten der Grad der Anpassungsbereitschaft, der auch die Formen der Anbiederung annehmen kann, eine Rolle spielen, ist offenkundig. Eine negative Auslese in dieser Hinsicht findet nicht selten statt.

Der vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene Einsatz einer Senatskommision zur Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses ändert an dieser Problematik nichts. Vielmehr müßte eine Lösung durch objektivere Auswahl und kollegiale Prüfungsverfahren gesucht werden.

Die Probleme der Stellung des Privatdozenten werden vom Wissenschaftsrat zwar hervorgehoben, im Prinzip jedoch an seiner Institution festgehalten. Dagegen scheint sich gerade für eine Anpassung des Status des Privatdozenten an die heutige Situation die Ausweitung der Diätendozentur (der besoldete Lehrauftrag) anzubieten.

Ebenfalls bedeutet die Bindung der Stellung des Wissenschaftlers an die Habilitation einen Rückschritt in der Lösung der Probleme des Nachwuchses. Für die Erlangung der Stellung des Wissenschaftlichen Rates bliebe somit wieder nur der Weg über die Assistentur. Der Wissenschaftsrat hält auch an dem System der Unterstellung mehrerer Assistenten unter einen Lehrstuhlinhaber fest (an den Technischen Hochschulen, den Math.nat. Fakultäten und in der theoret. Medizin i.D. 4 Assistenten je Lehrstuhl). Die Mehrzahl dieser Assistenten sind jedoch nicht echte Assistenten des Professors, sondern sie erfüllen Aufgaben von selbständigen Lehrkräften bei der Einführung der Studenten in die Wissenschaftliche Arbeit. Eine unabhängige Stellung dieser sog. "Unterrichtsassistenten" sowie eine Vergrößerung der Anzahl solcher Durchgangsstellen (als Beamte auf Probe), etwa für "wissenschaftliche Tutoren" oder "wissenschaftliche Hilfskräfte für Unterrichtsaufgaben" (wie sie der Wissenschaftsrat z.T., für die Wi-So-Fakultäten, vorsieht) ist im Interesse einer verobjektivierten und breiteren Auslese des wissenschaftlichen Nachwuchses dringend erforderlich. Diese Durchgangsstellen sollten der Gesamthochschule zur Verfügung stehen und je nach Bedarf in den einzelnen Instituten auf Vorschlag des Senats besetzt werden. Die Möglichkeit zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit, etwa zur Vorbereitung auf die Habilitation ist - ebenso wie für die eigentlichen Assistenten - sicherzustellen.

Genauso dringend werden allerdings im Zusammenhang damit die auch vom Wissenschaftsrat geforderten Übergangserleichterungen für den Nachwuchs beim Überwechseln in einen benachbarten Beruf (Anrechnung von Dienstjahren, Zahlung von Abfindungen).

4) Ausgehend von der Einsicht, daß die Hochschule "dem starken Bildungsstreben immer breiterer Volksschichten ... gerecht werden und eine viel größere Anzahl junger Menschen aufnehmen" muß, gelangt der Wissenschaftsrat zu der Feststellung: "Im ganzen sind infolgedessen die elementaren Lehraufgaben an den Hochschulen größer geworden. Und gerade dafür stehen die erforderlichen Lehrkräfte nicht zur Verfügung." (S. 26) Der Wissenschaftsrat hat daher schon im März 1960 die Einführung von Dauerstellen für "Studienräte im Hochschuldienst" und die befristete Abordnung von entsprechenden Beamten des höheren Dienstes an die Hochschulen empfohlen, und zwar "für Unterrichtstätigkeiten, ..., die der Wissensvermittlung, der methodischen Schulung, der Berufsvorbildung, sowie der Beratung von Studenten dienen." (S. 44).

Dieser Vorschlag ist in erster Linie daran zu messen, in wie weit er den Bedürfnissen des Unterrichts besonders in der ersten Hälfte des Studiums (vor den z. Zt. bestehenden bzw. projektierten Zwischenprüfungen) gerecht wird. In diesem ersten Studienabschnitt müssen sinnvollerweise zwei Aufgaben erfüllt werden:

a) Der Student muß bestimmte Fachkenntnisse (Grundlagenwissen, spezielle Methoden und Techniken) in Übungen lernend erwerben.

b) Der Student muß die von der Schule sich abhebende Form wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens durch Teilnahme an kleinen Proseminaren und Tutorengruppen praktizieren.

Für die erste Aufgabe sind besonders ausgebildete Fachleute in Dauerstellen geeignet, für die zweite Aufgabe dagegen eher jüngere wissenschaftliche Nachwuchskräfte, die selbst intensiv mit wissenschaftlichen Problemen beschäftigt sind.

Es besteht die Gefahr, daß bei der nach wie vor beschränkten Anzahl von Assistenten und Dozenten, die für eine intensive Einführung der Studenten in die wissenschaftliche Denk- und Arbeitsweise zur Verfügung stehen, diese Aufgaben ebenfalls mehr und mehr Studienräten übertragen werden, die nicht diesen direkten Bezug zur wissenschaftlichen Praxis haben. Eine noch weitergehende "Verschulung" des Unterrichtsbetriebs in diesem ersten Studienabschnitt wäre die Folge.

Um eine solche Entwicklung aufzuhalten, um die Tätigkeit der Studienräte im Hochschuldienst auf ein sinnvolles Maß zu beschränken, ist ebenfalls die oben erwähnte Schaffung neuer Durchgangsstellen für wissenschaftliche Nachwuchskräfte (wissenschaftliche Tutoren) zu erwägen.

5) Die Raumplanung wurde vom Wissenschaftsrat in enger Beziehung zu der Vergrößerung des Lehrkörpers konzipiert, um eine Abstimmung von personeller und räumlicher Planung zu erreichen. Ebenso soll die Raumplanung den Erfordernissen des Unterrichts und der notwendigen Arbeitsplätze angepaßt werden. Der Wissenschaftsrat wies in diesem Zusammenhang vor allem auf den engen Zusammenhang von Studium und Raumfrage hin. Z.B. verlangt die Einrichtung von Arbeitsgruppen die Beschaffung entsprechender Räume. Die Konzeption über die erforderliche Größe der Seminare die Beschaffung entsprechend zahlreicher Seminarräume und schließlich die Anpassung der Institutsbibliotheksplätze an die erstrebte, bzw. vorhandene Zahl von Studenten.

Zahl um Umfang der Seminar- und Übungsräume will der Wissenschaftsrat schließlich vorrangig an der zur befürwortenden Größe der Institute bemessen wissen. Diese soll sich im Grunde nach der Überschaubarkeit des Instituts durch den Institutsdirektor richten. An Stelle zu großer Institute wird die Einrichtung von Parallelinstituten vorgeschlagen.

So wichtig und begrüßenswert der Hinweis auf die sinnvolle in Relation zu Studenzahl und Lehrkörpergröße konzipierte Planung der Räumlichkeiten ist, so wenig ist die Bestimmung der Institutsgröße durch Festhalten am Direktorenprinzip zu rechtfertigen. Gerade das Direktorenprinzip trägt zur Festigung der Universitätsherarchie bei, die auch der Wissenschaftsrat abzubauen wünscht.

Obwohl in den Empfehlungen eingeräumt wird, es sei möglich, im Rahmen eines größeren Instituts jeweils Lehrstuhlinhaber mit der Leitung von Abteilungen zu betrauen, wird dafür die Schaffung von neuen Dauerstellen für "Abteilungsvorsteher" vorgeschlagen, die lediglich beratend an der Verwaltung des Instituts beteiligt werden sollen. Dadurch wird die bestehende Hierarchie des Lehrkörpers noch um eine weitere Zwischenstufe verstärkt. Es wird nicht die Kooperation zahlreicher gleichberechtigter Ordinarien und Extraordinarien in einem größeren, gegliederten Institut als Normalfall angestrebt, sondern es werden - falls kleine "Lehrstuhlinstitute" nicht sinnvoll sind - Abteilungen geschaffen, die wiederum auf Anweisung "von oben" arbeiten. Es ist nicht ersichtlich, warum ein Wissenschaftler, der als Abteilungsvorsteher Aufgaben eines Lehrstuhlinhabers wahrnimmt, nicht die gleichen Rechte wie dieser besitzen sollte. Damit wird der Wissenschaftsrat seinem eigenen Anspruch, darauf zu achten, "daß der Grundcharakter der Hochschule als einer Gemeinschaft gleichberechtigter Gelehrter überall wieder voll zur Geltung kommt" nicht gerecht.

Vielmehr sollte eine Auflösung dieser Institutshierarchie durch eine kollegiale Verwaltung, an der z.B. auch Assistenten (eventuell auch Studenten) beteiligt sind, versucht werden. Dieses Kollegium sollte durch Wahl und nicht durch Turnus bestellt werden.

De facto findet in fast allen Instituten eine Unterteilung in verschiedene Spezialgebiete statt. Eine Zusammensetzung aus Vertretern dieser Spezialrichtungen in der Institutsleitung wäre ebenfalls zu erwägen. Das Prinzip der kollegialen Verwaltung wird auch vom Wissenschaftsrat erwähnt aber nicht weitergeführt. Ein Vergleich mit Verhältnissen in den angelsächsischen Ländern könnte hier . weiterführen.

Schließlich sei noch auf die detaillierten Untersuchungen des Sachmittelbedarfs hingewiesen und seiner Einbeziehung in die Planung. Die Richtzahlen für den Sachmittelbedarf ermittelte der Wissenschaftsrat für die einzelnen Fakultäten nach den in Denkschriften der Deutschen Forschungsgemeinschaft niedergelegten Vorschlägen.

Die laufenden Ausgaben für die wissenschaftlichen Hochschulen, die im Jahre 1960 500 Mill. DM betrugen, müßten nach Realisierung der Vorschläge des Wissenschaftsrates um 360 Mill. DM vermehrt werden.

Für die Ausführungen von Bauvorhaben in der Zeit von 1960 - 64 wurde ein Bedarfsplan von 2,6 Milliarden DM aufgestellt. Gleichzeitig wurde auf die Notwendigkeit neuer Baupläne für die folgenden 4 Jahre im Jahre 1963 hingewiesen.

Die Stärke der Untersuchungen des Wissenschaftsrates liegt in seinen, den realen Verhältnissen und Entwicklungsmöglichkeiten der Hochschule des Jahre 1961 (60) angepaßten Vorschlägen. Sie stellen einen ad-hoc-Plan dar, der sofort in Angriff genommen werden kann und in seinen konkreten Maßnahmen eine Linderung der augenblicklichen Mißstände bedeuten würde. Zu betonen ist ferner, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Länderregierungen auch auf die Finanzkraft der Länder abgestimmt sind und wo nötig Bundesmittel, z.B. für Baumaßnahmen eingeplant sind. Das Argument, es handele sich um einen utopischen Finanzierungsplan, wird schon durch diese Tatsache entkräftet.

Die Empfehlungen stellen also keinen langfristigen Plan dar. Damit werden aber auch ihre Schwächen offensichtlich, die aus einem grundsätzlichen Verzicht auf "Hochschulreform" resultieren. Probleme des Abbaus der Hierarchie und der Demokratisierung werden aufgezeigt, Lösungen jedoch grundsätzlich in bloßer Vermehrung des Lehrkörpers gesucht. Nach dem Grundsatz, "Bewährtes zu wahren", werden traditionelle Strukturen, wie z.B. das Direktorenprinzip, der Aufstieg des akademischen Nachwuchses etc. nicht in Frage gestellt.

Gleichzeitig sah sich aber der Wissenschaftsrat bei der Erweiterung des Lehrkörpers und der Universitätsbaulichkeiten immer wieder grundsätzlichen Strukturfragen konfrontiert. Wissenschaftsbedarfsplanung ohne die klare Konzeption einer Hochschulreform bedeutet keine grundsätzliche Lösung der Probleme der Hochschule.

- Solveig Ehrler, Wolfgang Nitsch -

AM BEISPIEL MARBURGS

Auch Ereignisse, die sich am Rand unseres politischen Lebens abspielen, können seinen Zustand für einen Augenblick bloßlegen. Das beweisen die Vorgänge um das Auftreten Dieckmanns anläßlich dessen Vortrags über "Reale Möglichkeiten zur Wiedervereinigung" zu Beginn dieses Jahres vor Studenten der Marburger Universität. Schon die Ankündigung der Einladung, die vom Vorsitzenden der dortigen Gruppe des Liberalen Studentenbundes ausging, verursachte in der gesamten Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen. Den Auftakt bildete eine Erklärung des FDP-Vorsitzenden Mende, daß diese Einladung "... nicht der Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit dient". Außerdem seien "... Aktionen wie die des LSD Marburg geeignet, das Ansehen der FDP als Vertreterin des Liberalismus in Deutschland herabzusetzen". Anstatt Dieckmann mit dem einzig wirksamen Argument, nämlich dem der sachlichen Kritik, entgegenzutreten - was dem Namen dieser liberalen Partei mehr Ehre angetan hätte - verlegte man sich auf die Propagierung der Anschlußtheorie nach Schlamm'schem Rezept, beantragte ein Parteiausschlußverfahren gegen den Initiator und überließ es diesem, im Alleingang die programmatisch verankerte Privatinitiative zu verwirklichen. Daß die gleiche Partei noch bis vor wenigen Jahren ihren Mitgliedern Kontakte mit Funktionären der ostzonalen Liberaldemokratischen Partei erlaubt hatte, war vergessen.

Mit jener Erklärung war der Ton aller nachfolgenden offiziellen Verlautbarungen angegeben, die sich von allen Seiten häuften, je näher der Termin des Gesprächs heranrückte, den der Marburger LSD-Vorsitzende trotz aller Angriffe aufrechthielt. Ob die CDU-Bundestagsfraktion von einer "Ungehörigkeit" sprach oder der SPD-Pressedienst die Einladung "geschmacklos, töricht, ja gefährlich" nannte; ob in einer gemeinsamen Erklärung der Marburger Parteien sowie des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland" und des "Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge" vor einer "Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" gewarnt wurde oder ob schließlich die Kommentare der westdeutschen Presse bereitwillig ihren Beifall dazu spendeten - : die Reaktion war einmütig. Sie läßt sich in der Feststellung resümieren, die die Bildzeitung am Tag der Veranstaltung traf: "Die kommunistischen Funktionäre, die Dieckmanns: die jagt zum Teufel. Da gehören sie hin."

Von dieser Einstellung ließ sich auch das Aktionskomitee "Protestmarsch Dieckmann" leiten, das sich an der Marburger Universität unter der Führung von Korporationen und des RCDS bildete. Entsprechende Winke von hoher und höchster Stelle fehlten nicht; so hatte z.B. Bundestagspräsident Gerstenmaier öffentlich dazu aufgefordert, das Auftreten Dieckmanns mit allen Mitteln zu verhindern. "In der Anwesenheit des Stellvertreters von Ulbricht", wie es in einem vom Aktionskomitee herausgegebenen Flugblatt hieß, wurde eine "Provokation" gesehen; daß eine Provokation immer auch von demjenigen abhängt, der sich provozieren läßt, sah man nicht. Im Fall dieses Komitees, das bloße Reaktion mit Aktion im Sinne der sachlich qualifizierten Diskussion verwechselte, drängt sich der Verdacht auf, daß man sich nur allzu gerne provozieren ließ. "Einen Verrat an unseren geknechteten Landsleuten hinter dem eisernen Vorhang", so nannte das Aktionskomitee die Veranstaltung des LSD, - entschlossen, sie nicht als eine Möglichkeit zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den Verhältnissen im zweigeteilten Deutschland zu nützen. Mit "Entschiedenheit" protestierte man "gegen den Auftritt Dieckmanns in der Bundesrepublik Deutschland". Wo diese Entschiedenheit dann endete, ist bekannt: in Krawallen und Tumulten, die an eine schlimme Vergangenheit erinnerten. 1 500 Studenten marschierten vor das Versammlungslokal, schrien "Mörder", "Russenknecht" und "Dieckmann raus - hängt ihn auf". Steinwürfe gegen die Fenster des Saales, in dem Dieckmann sprach, machten ihre Absicht deutlich, das Lokal zu stürmen, was nur starke Polizeiformationen verhindern konnten. Unter Absingen des Deutschlandliedes verbrannten sie im Fackelschein das Emblem der DDR-Fahne. Dieckmanns Abgang vollzog sich entsprechend diesen. "Vorspiel des deutschen Bürgerkriegs", wie die "Frank-

furter Rundschau" die Demonstration nannte: unter dem Schutz westlicher Gummiknüppel bahnte er sich den Weg zu einem Polizeiwagen, der ihn zum Hotel brachte. Da der ihn begleitende Beamte des Staatssicherheitsdienstes es ablehnte, weiterhin die Verantwortung für seinen persönlichen Schutz zu übernehmen, reiste Dieckmann noch in der gleichen Nacht ab. Das Ganze glich eher einem bösen Spuk als einem Vorgang in einem demokratischen System, dessen Grundgesetz es jedermann erlaubt, "frei seine Meinung zu äußern", wie der Kasseler Regierungspräsident auf die Frage, ob man die Rede Dieckmanns verbieten könne, erklärt hatte.

Nach diesen Vorfällen bleibt es unerheblich, was der DDR-Repräsentant gesagt und welche Ergebnisse die Diskussion gebracht hat. Das Referat bot ohnehin keine neuen Aspekte und darüber, ob es richtig war, gerade Dieckmann zu einer Diskussion zu bitten, kann man verschiedener Meinung sein. Was festgehalten zu werden verdient, ist die Tatsache, daß westdeutsche Studenten auf die Rede eines eingeladenen DDR-Funktionärs nur noch mit blutrünstigen Sprechchören und dem Verbrennen dessen Fahnensymbols zu reagieren vermochten. Dies war weder eine Entgleisung noch ein Zufall. Der zunehmenden Entpolitisierung an den Hochschulen der Bundesrepublik entspricht die politische Emotionalisierung, die in dem Augenblick zu derartig irrationalem Verhalten führt, wenn es darum geht, Gegenargumente zu finden. Man fand sie nicht; stattdessen war man bereit, den Gegner zu lynchen. Damit war zweierlei erreicht: dem Vertrauen in die Struktur dieser freiheitlich-demokratischen Grundordnung wurde ein weiterer Stoß versetzt und der östlichen Propaganda Tür und Tor geöffnet. Von dieser sich permanent fortsetzenden Wechselwirkung lebt zu einem guten Teil der innerdeutsche kalte Krieg.

Da es sich jedoch nicht nur um die Probe aufs Exempel handelte, wie es mit der demokratischen Gesinnung deutscher Akademiker steht, sondern primär um den Bestandteil einer wie auch immer gearteten Bemühung, Gespräche zwischen Vertretern der beiden Teilstaaten in Gang zu bringen, kommt den Marburger Ereignissen eine weitere Bedeutung zu. Zwar sind wir der Meinung, daß bloße Gespräche, die den Ost-West-Kontakt zum Selbstzweck erstarren lassen können, keineswegs genügen, um eine fundierte und realistische Konzeption eines wiedervereinigten Deutschlands herbeizuführen. Ansatzpunkt zu solcher Konzeption bleibt die kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, wie sie sich nach 1945 in beiden Teilen Deutschlands entwickelt haben. Aber eines machte diese Einladung an Dieckmann klar: Bemühungen, die vom guten Willen zur Wiedervereinigung getragen sind, können in der heutigen Situation, die von der Anschluß-Propaganda und der damit einhergehenden Diffamierung der Andersdenkenden beherrscht wird, in ihr Gegenteil umschlagen. Sie bringen dann nichts mehr ein und rufen die gleichen Kräfte hervor, die auch 1933 schon zu Verbrennungen bereit waren.

Man würde es sich zu einfach machen, wollte man summarisch die Marburger Demonstration als Symptom für eine beginnende Wiederholung des deutschen Faschismus kennzeichnen. Dennoch bleibt die Frage, worin das Gemeinsame besteht. Deutsche Korporationsstudenten waren es, die 1933 die Bücher ihrer Gegner verbrannten. 28 Jahre später verbrannte die nachfolgende Generation von Studenten die gegnerische Fahne. Die Argumentation war in beiden Fällen die gleiche. Sie bestand darin, daß keine Argumente gebraucht wurden. Was der ersten Verbrennung folgte, wissen wir. Bald brannte mehr als nur Bücher. In welche Richtung weist die zweite ?

Diese Frage mochte sich mancher vorgelegt haben, als die Vorkommnisse um Dieckmann bekannt wurden. Sie bewirkten vielerorts diejenige Ernüchterung, die zur Vermeidung einer Wiederholung jener Ausschreitungen notwendig ist. Einige bundesdeutsche Zeitungen wiesen auf die Blamage, die die Bundesrepublik erlitten habe, und auf das Versagen der Demokratie hin. Die weitverbreitete Illustrierte "Der Stern" bezeichnete das Verhalten

der Demonstranten als "eine erbärmliche Ohnmachtserklärung ungelernter Demokraten". So erweist sich die Einladung Dieckmanns nachträglich doch noch als ein Positivum, das allerdings auch nicht überbewertet werden darf. Ob der Veranstalter Anzeige gegen Unbekannt wegen Landfriedensbruch erstatte oder ob sich Professoren und Studenten von den üblen Begleitumständen des ungewohnten Besuches distanzieren - die Januar-Ereignisse in Marburg werden dadurch nicht rückgängi gemacht. Sie waren kein Spuk. Sie zeigten ein Stück bundesrepublikanischer Wirklichkeit im Jahre 1961.

Peter Brokmeier

S O L I D A R I T Ä T ?

Beginnende Tarifverhandlungen mit den Bauunternehmern waren für Georg Leber, den Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, der Anlaß neuartiger Forderungen. Leber verlangte einen finanziellen Beitrag derjenigen Bauarbeiter, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, aber dennoch in den Genuß der von den Gewerkschaften erstrittenen Lohnerhöhungen kommen. Diesen zu erhebenden Zwangsbeitrag aller Bauarbeiter nannte Leber "Solidaritätsbeitrag". Man erinnere sich, daß "Solidarität" in der Arbeiterbewegung eine im sich entwickelnden Klassenbewußtsein gründende Haltung im Kampf gegen die Unternehmer bezeichnete. Offenbart nicht demgegenüber der Begriff "Solidaritätsbeitrag" als Bezeichnung eines Z w a n g s beitrages ein erschreckend bürokratisches Denken? Es erstaunt nicht, daß dieser Zwangsbeitrag gefordert wurde, ohne daß eine gemeinsame Erörterung der Gewerkschaften vorausgegangen wäre.

Von gewerkschaftlicher Seite hat sich inzwischen Otto Brenner scharf gegen Lebers Vorschläge gewandt. Brenner erkannte ständestaatliche Tendenzen hinter derartigen Forderungen und erörterte die Lösung des gewerkschaftlichen Organisationsproblems am Beispiel des amerikanischen "Union Shop": auf entsprechenden Beschluß der Belegschaftsmehrheit dürfen nur Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt werden.

Dieses Beispiel mag nicht ohne weiteres auf bundesrepublikanische Verhältnisse übertragbar sein, verdeutlicht aber, daß der bewußtseinsbildende gewerkschaftliche Kampf unerläßlich ist und daß es nicht darum geht, durch administrative Maßnahmen eine Art von Zwangsmitgliedschaft in den Gewerkschaften einzuführen. Betriebssoziologische Untersuchungen bestätigen, daß ein solcher "Druck von oben", der den Arbeiter in die Gewerkschaft treiben soll, nur der Entfremdung des Arbeiters von der Gewerkschaft förderlich wäre. Niemals haben sich die Arbeiter in Deutschland mit der von den Nationalsozialisten eigesetzten ständestaatlichen "Deutschen Arbeitsfront" identifiziert.

Die Auseinandersetzungen um den "Solidaritätsbeitrag" deuten auf die verschiedenen Auffassungen über den Weg der Gewerkschaften hin. Die von Georg Leber geforderten Zwangsbeiträge aller Arbeitnehmer sollen von Arbeitgeberbürokratie und Gewerkschaft gemeinsam verwaltet und für staatsbürgerliche und gemeinnützige Zwecke, keinesfalls aber für den gewerkschaftlichen Kampf, ausgegeben werden. Nicht zufällig erwähnt Leber gern öffentlich-rechtliche Institutionen, wie Industrie- und Handelskammer, wenn er seine Pläne erläutert. Hier wird das Streben erkennbar, die Gewerkschaften stärker gesellschaftlich zu integrieren und den bestehenden bürokratischen Institutionen anzupassen. Auf diesem Wege werden die Gewerkschaften zu "Interessenverbänden", deren auskömmliches Weiterbestehen fast schon von der gesamten kapitalistischen Gesellschaft garantiert ist.

Auf der anderen Seite stehen Vorstellungen von den Gewerkschaften als demokratischen Organisationen, die den Arbeitnehmern einen besseren Platz in einer besseren Gesellschaft erkämpfen wollen. Die weitgesteckte Zielsetzung aber macht eine klare Abgrenzung von den Interessen der Unternehmer und der Bürokratie notwendig. Das führt zu einem Minimum an "Gemeinsamkeiten".

Diese Gegensätze in den Gewerkschaften der Bundesrepublik - deutlich geworden an der Auseinandersetzung um den "Solidaritätsbeitrag" - werden sich auch künftig nicht vertuschen lassen und bei verschiedenen Anlässen immer deutlicher hervortreten. An Versuchen, die Diskussion über gewerkschaftliche Gegensätze zu ersticken, wird es allerdings nicht fehlen - getreu jenem restaurativen Schema, daß "Ruhe die erste Bürgerpflicht" sei und stets die "Gemeinsamkeiten" im Vordergrund zu stehen hätten. So beschwor schon ein Zeitungskommentator die Gewerkschaftsvorsitzenden im Namen - nun, im wessen Namen wohl? - der "Solidarität", keinen Streit nach außen dringen zu lassen. Der Begriff von der Solidarität ist in falsche Hände geraten.

Heinz Grossmann

"DUNKELSTES AFRIKA",

das war des deutschen Blätterurwalds schäbigste Blüte, welche die FAZ wachsen ließ, als eben Afrika in das grellste Licht der Wahrheit rückte. Tschombe, dem Strohmann der belgischen Kapitaldiktatur in Katanga, war Patrice Lumumba, rechtmäßiger Ministerpräsident der kongolesischen Zentralregierung, der mit seiner Politik dem Begehren der überwältigenden Mehrheit seines Volkes nach wirklicher Freiheit von dieser Diktatur gehorcht, unter den verbundenen Augen der gerechtigkeitspielenden UNO in die Hände geliefert worden. Endlich trat klar zutage, daß es nur zwei Fronten an dieser Front gibt: die der Bevölkerung und jene andere, an der sich auch unsere bundesdeutsche Presse zu schlagen scheint, jenen Verein aller reaktionären Kräfte, welcher so mannigfache Gestalt nur annimmt, um desto öfter in den Genuß der weltorganisatorischen Überparteilichkeit zu gelangen. Weil sie das Spiel durchschauten, sind inzwischen wesentliche Teile der UNO-Truppe in ihr Land heimgekehrt, nicht ohne dadurch weiteres Licht in besagtes Dunkel getragen zu haben. Tschombe organisiert sich inzwischen weiße Mordbanden. Die Presse könnte vielleicht sich sogar für Lumumba einmal aufs Mitleiden verlegen, widerspräche der obige Schlag-Seufzer nicht zu eindeutig ihrer gepflogenen Sprache! "Chaos!", schrie der Haufe, wenn Lumumba auch nur über die Gasse ging; und die Lage "klärte sich", wenn Mobutu die Gefängnisse füllte mit dem Volk, das sich auflehnte dagegen, daß sein reiches Land, schließlich es selber, für weitere Dezennien den Belgiern und ihren schwarzen Kollaborateuren ausgeliefert würde. Das, bei der FAZ, war doch die Sprachregelung! Und weil wir Sozialisten ein gutes Gedächtnis haben, weshalb man uns oft noch an den Kragen wollen wird, so beweist uns der lapsus linguae, daß, wenn die Organisation hinterm Chaos sich schon nicht mehr verschleiern läßt, dies erst gewissen Interessierten das Maß des Chaotischen vollmacht. Bürger, das Chaos ist in Gefahr!

Erich Harmuth

PORTUGAL - DIE SANFTE BARBAREI

"Was kann die freie Welt tun, um sich solche Mitkämpfer für die Freiheit vom Leibe zu halten?" (FAZ, 9.2.61, über ... Hauptmann Galvao)

A) Kurze politische Übersicht

Im Jahre 1910 wurde Portugal Republik; der König fiel der bürgerlichen Revolution zum Opfer. Die parlamentarische Demokratie wurde eingeführt und mit ihr kamen die Trennung von Staat und Kirche und ein laizistisches Familienrecht. Der unbefriedigte Freiheitsdrang der Portugiesen tobte sich jetzt in einem wütenden Antiklerikalismus aus und in einem chaotischen Parteikampf, in dem es nur um persönliche Macht und Bereicherung ging. In den ersten Jahren der Republik wurden auch die Gewerkschaften aufgebaut, die unter der Monarchie nicht hatten entstehen können.

Die Freiheit währte nicht lang. Im Jahre 1926 erschien ein General mit einigen Bataillonen, um der politischen Anarchie - in 16 Jahren herrschten 40 Regierungen, 22 Staatsstreiche wurden unternommen - durch seine Diktatur eine Ende zu machen. Mit ihm kam ein Professor der Finanzwissenschaft, Salazar, der dem drohenden Staatsbankrott und der Inflation mit energischen Maßnahmen entgegentrat.

An der Zeit der Repbulik hatte man das Wort "portugalisieren" geprägt, um die unbeschreibliche Unordnung der öffentlichen Angelegenheiten zu kennzeichnen. Damit war es nun vorbei.

Premierminister geworden, machte sich Salazar daran, einige Ideen seiner Freunde Mussolini und Maurras (französischer Faschistenführer) zu realisieren. Die Gewerkschaften wurden in die "unitarische und korporative Republik" eingegliedert, die "Nationale Union" und die "Portugiesische Jugend" wurden als Partei und Jugendorganisation des Staates begründet, alle anderen verboten. Das agressive nationalistische Programm des autoritären Salazar versprach, in kurzer Zeit in Portugal vernünftiger Verhältnisse zu schaffen. Dabei wurde jedoch die Grundstruktur des Landes nicht verändert, ja man ließ sogar die hohen Posten in der Verwaltung, den Banken, den durch staatliche Initiative gegründeten privatkapitalistischen Großunternehmungen unangetastet. Die "originelle Lösung" der wirtschaftlichen und sozialen Probleme wurde - zum Unglück der Portugiesen - den irrealen Soziallehren der Päpste Leo XIII und Pius X entnommen; das Privateigentum wurde "heilig gesprochen", Gewerkschaften untersagt, Streiks verboten, und die großzügige Ausbeutung des Volkes durch die katholische Großbourgeoisie mit dem väterlichen Segen der Kirche versehen. Obgleich Salazar nur katholische Mitarbeiter wählt und der Kirche durch das Konkordat von 1940 einen priviligierten Sonderstatus gab, hat er in der "korparativen Verfassung" von 1933 die Trennung von Staat und Kirche beibehalten. Nie fanatisch religiös, sondern kühl, reserviert, mit einer schneidenden Ironie ausgestattet, hat er die "Vernunftehe" mit der Kirche dazu benutzt, seine Verbrechen durch sie rechtfertigen zu lassen. Der unablässigen politischen Unterdrückung waren auch einzelne Geistliche unterworfen, die es wagten, gegen Hunger und Unwissenheit des Volkes zu protestieren. Der Obskurantismus - 40 % der erwachsenen Bevölkerung sind Analphabeten -, gefördert durch die Kirche, ist der stärkste Pfeiler des diktatorischen Regimes, das mit seiner ständischen Verfassung teilweise mittelalterlich anmutet. Der Terror bei den Präsidentenwahlen von 1958 hat jedoch die Kirche veranlaßt, sich in ziemlich klarer Weise vom System zu distanzieren, worauf Salazar drohte, ihr die Privilegien zu entziehen, mit denen er sie in den 35 Jahren guten Einverständnisses überhäuft hat.

Nach der Zerschlagung der Opposition im Jahre 1926 hat diese sich nicht wieder reorganisieren können, weil die Geheimpolizei, die Pressezensur und die strikte Versammlungskontrolle dies verhinderten. Oppositionelle Ärzte, Advokaten und Professoren wurden degradiert oder durch die PIDE (Geheimpolizei) auf die Kapverd. Inseln deportiert. In der Säuberungswelle von 1938 haben besonders die Universitäten ihre besten Kräfte verloren, denn merkwürdigerweise leisteten die besten Professoren den stärksten Widerstand.

In einem offenen Brief an Salazar klagt General Delgado, der seit 1958 in Brasilien im politischen Asyl lebt, die Geheimpolizei brutaler Quälereien an, wie Mißhandlung der Geschlechtsorgane, Verbrennungen mit Zigaretten und 20-stündige Verhöre. Die Schergen rühmen sich, "daß der portugiesischen Gestapo niemand entrinne". In Gebieten größerer politischer Unruhe kommen von Zeit zu Zeit geheimnisvolle Morde vor, deren man die PIDE beschuldigt.

In den Präsidentschaftswahlen von 1951, zu denen man einen Monat vorher eine gewisse Freiheit gestattet hatte, garantierte die PIDE den Erfolg der Salazaristen durch Versammlungsverbote, Verhaftungen oppositioneller Redner, polizeiliche Auflösung von Versammlungen und die Sperrung des Rundfunks für die Opposition. Bei den Wahlen von 1958 wurde der Kandidat der Opposition, General Delgado - der übrigens nicht lange zuvor noch zu den Anhängern des Systems gehört hatte - durch die PIDE verfolgt, Massenversammlungen wurden mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben. Trotzdem griff Delga do seine Gegner mit Worten an, die auch dem einfachsten Volk zeigten, auf welch tönernen Füßen das Regime ruhte. Die Massen, obgleich durch die jahrzehntelange Unterdrückung eingeschüchtert, strömten zu den Versammlungen, in denen zum ersten Mal öffentlich kühne Angriffe gegen Salazar vorgetragen wurden. Die Ergebnisse dieser Wahlen wurden in grober Weise gefälscht. Trotzdem mußte man Delgado noch ein Viertel der Stimmen zugestehen.

Als Salazar seiner Sache sicher war, nach Ablauf der kurzen "Freiheitsperiode", kam er in einer Radio-Ansprache zu der Schlußfolgerung, das portugiesische Volk sei mit seiner angeborenen Neigung zur Unruhe für so gefährliche Freiheiten wie die Wahlfreiheit nicht geeignet, die Aufstachelung dieser Unruhe in Zeiten so "ungewöhnlicher Wirren" durch "kommunistische Agitatoren" verpflichte ihn, die Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung zu überlassen. Diese folgt auch willig den Wünschen des großen Staatsmannes.

B) DIE KOLONIEN - DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Verfassung von 1933 bestimmte die unauflösliche Einheit der portugiesischen Nation, verbot Gebietsabtretungen, enthielt ein Kolonialstatut und garantierte die Gleichheit aller ohne Rücksicht auf Rasse, Religion, Geschlecht und soziale Herkunft.

Die nationale Einheit schließt jedoch die Kolonien in Afrika, Asien und im Ozian nicht ein, obwohl die Verfassung die "überseeischen Provinzen" darin einbezieht. Die Rassentrennung besteht zwar nicht in dem Maße wie in der Südafrikanischen Union, aber die Lage der Neger und Mischlinge ist trotzdem empörend.

Nach einem Bericht des Statistischen Zentralamtes gehen die Mischehen immer mehr zurück, die Mischlinge kehren entweder zur schwarzen Bevölkerung zurück oder sie versuchen, in der weißen Minderheit sich zu assimilieren. Während in der Metropole weiter Mischehen geschlossen werden, wird die ethnische Trennung der Rassen in den Kolonien immer deutlicher.

Die militärische Unterdrückung der Neger in Angola ist furchtbar. Nach Zeugenaussagen werden unbotmäßige Dörfer rücksichtslos mit Maschinengewehren gesäubert. Die Ruhe ist vorbildlich. In Angola und Mozambique gibt es etwa 35 000 Soldaten, mit Flugzeugen, Panzern und Artillerie ausgerüstet.

Die wirtschaftliche Lage Portugals ist durch folgende Zahlen charakterisiert: ein Arbeiter verdient in der Textilindustrie etwa DM 3, --, in der Landwirtschaft DM 1, 50 bis DM 2, -- pro Tag. Bei den hohen Preisen - ein Kilo Reis kostet DM 0, 60, Fleisch DM 2, -- bis DM 4, --, Zucker DM 0, 90, Butter DM 6, -- - ist es ein Wunder, daß die Arbeiter überhaupt noch leben.

Eine Million Portugiesen (von 8 Mio) haben weder Elektrizität, noch Straßen, noch Wasser in ihren entfernten Dörfern. Die meisten Familien mit durchschnittlich drei bis vier Kindern bewohnen eine Hütte, deren einziger Raum alle Funktionen einer Wohnung erfüllen muß. Die Wände sind unverputzt, der Rauch des offenen Herdfeuers zieht durch die Dachziegel ab, meist gibt es kein Fenster, nur eine Tür. Die Kinder, nur dürftig in Lumpen gehüllt, müssen schon von klein auf arbeiten. Ein strenger Winter bringt in der Hochebene bis zu -10 Grad, die Lage der Menschen ist fürchterlich. Der dürftige und felsige Boden wird durch Monokulturen und primitive Bearbeitung ausgebeutet. Man kennt weder Kunstdünger noch Landmaschinen. Während die Marktpreise durch die unendliche Kette der Zwischenhändler, durch die Steuern und die Preisbindung hochgehalten werden, bekommt der Bauer einen Hungerlohn. Daher bleibt die Produktion gering.

Eine Million Bauern leben vom Weinbau, andere von Olivenkultur. Das Durchschnittseinkommen der vier Millionen Ackerbauern liegt bei DM 1 300, -- jährlich. Dieses arithmetische Mittel ist nicht gewichtet, es schließt die Großgrundbesitzer des Südens ein, denen fast 100 % des Bodens gehört, sowie die Kleinbauern des Nordens, die oft nur 50 Quadratmeter Boden besitzen, so daß die Produktion vollkommen sinnlos wird. Der zurückgebliebene Zustand Portugals hat zur Folge, daß durch eine unzureichende Ernährung und eine völlig unzulängliche Hygiene die Bevölkerung in einem schlechten Gesundheitszustand ist.

Die Werke Salazars sind: der Justizpalast, Prachtstraßen, öffentliche Waschküchen, eine harte Währung, Schulen, Springbrunnen, Gehwege, Erinnerungstafeln, Seminare, eine friedliche Ausbeutung des Arbeiters, Brücken, Gärten, endlich auch eine Ammoniumfabrik, eine Eisenhütte mit einer jährlichen Produktion von 200 000 t Roheisen, eine Zellulosenfabrik und eine Petroleumraffinerie, deren Aktienkurse in 7 Jahren um 450 % gestiegen sind. Das alles von dem Geld des Volkes, ebenso die ungeheure Propagandamaschine und die Armee, die 30 % des Budgets verschlingt. Die negative Zahlungsbilanz kann nur durch die Ausbeutung der Kolonien ausgeglichen werden.

Der nationale Markt ist beschränkt, die Industrie interessiert sich vornehmlich für den Export. Es wird hauptsächlich die Schwerindustrie gefördert. Von Regierungsseite wird behauptet, die niedrigen Löhne seien notwendig für die Entwicklung der nationalen Industrie. So opfert man den potentiellen Reichtum eines Volkes und sein Recht auf einen angemessenen Lebensstandard den vagen und unwahrscheinlichen Forderungen eines ungeeigneten Wirtschaftssystems, das unfähig ist, die Probleme zu lösen, die ein Land stellt, dessen traditionelle Erziehungsfehler nicht zuletzt seine natürliche Entwicklung gehemmt haben. Nach einem 35-jährigen Regime Salazars nimmt Portugal mit Griechenland den letzten Stand unter den europäischen Ländern ein. Trotz des niedrigen gegenwärtigen Status' beträgt der jährliche Zuwachs des Brutto-Nationalprodukts nur 3 % und ist somit niedriger als die Zuwachsrate der meisten Entwicklungsländer. Das Volk hungert, während einige Familien die Großindustrie beherrschen und die meisten Reis-, Oliven-, Kork- und Getreidepflanzungen besitzen.

Die Regierung Salazar hat immter das Großkapital begünstigt mit neuen und rentablen Investitionsmöglichkeiten, indem sie die Löhne auf einem unmenschlich niedrigen Niveau hielt, Streiks mit Gewalt unterband und alle Opposition und öffentliche Kritik an Mißständen vernichtete, die im Schatten einer christlichen Moral florierten.

C) Der korporative Ständestaat

Der Korporativismus als Organisation der Produktivkräfte kennt zwei Formen: den staatlichen und den assoziativen Korporativismus. Staatlicher Korporativismus heißt: der Staat organisiert die Korporation durch einen legislativen Akt. Assoziativer Korporativismus bedeutet, daß sich (in der Theorie) einzelne Individuen nach ihrer Berufszugehörigkeit gemeinsam mit ihrem Arbeitgeber (!) organisieren. So bilden sich große abstrakte Einheiten, in denen gleichsam Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der einzelnen Industrie- und Dienstleistungsbranchen zusammengeschlossen sind. Diese Organisationen sollen als Vertreter des Volkes wesentlich am politischen Leben teilnehmen. Dabei wird der Staat als natürliche Emanation des Volkes angesehen, in der die verschiedenen Gruppen sich spontan zusammenschließen, um ihre gemeinsamen und antagonistischen Interessen in harmonischer Weise zu realisieren. Dieser "korporative Staat" erscheint mit seiner vertikalen Konstruktion wie ein mittelalterliches Relikt.

In den sogenannten Volkshäusern, die der Bildung, der ärztlichen Hilfe und der Unterhaltung dienen sollen, finden die Korporationen ihren materiellen Ausdruck. Die Korporation für Ackerbau z.B. ist sowohl für den Gutsbesitzer als auch für die Landarbeiter bestimmt, die Korporation für Fischerei sowohl für den Reeder als auch für die Fischer. WelchemZweck diese Organisationen dienen sollen, ist unerfindlich. Die Gesetzgebung ist zu verwirrend und oft sogar widerspruchsvoll, die mittelalterliche Korporationsideologie wird von niemandem ernstgenommen.

Kollektive Arbeitsverträge werden nicht etwa durch eine Verständigung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitervertretern geschlossen, sondern durch die Einschaltung des Ministers für die Korporationen und Soziale Fürsorge. Die Arbeiter, die für die Arbeitsverträge mitverantwortlich sind, werden sehr gut bezahlt. Sie sind natürlich sehr zahm, sie vertreten nicht die Interessen ihrer Klasse und wissen von vornherein, daß sie alle Bedingungen zu akzeptieren haben. Die Lehre, die ein solches "gutes Einverständnis" zwischen Unternehmer und Arbeiter verlangt, ist der päpstlichen Weisheit des vorigen Jahrhunderts entsprungen.

Der "teuflische Liberalismus wird - mit dem Segen der Kirche - durch eine bescheidene Wirtschaftsplanung eingeschränkt, die aber nicht soweit geht, die Grundsätze des Liberalismus, nämlich Eigentum und Profit, anzutasten. Die Organe für wirtschaftliche Koordinierung, statt ihre eigentliche Funktion zu erfüllen, ein schnelles Wachstum der Wirtschaft zu fördern, sind in Wirklichkeit nur Schmarotzer, sie überlasten eine Wirtschaft, die wegen ihrer Primitivität noch keinen Gebrauch von ihnen machen kann, vor allem, weil man sich nicht zu einer entschiedenen ökonomischen Konzeption durchringen kann.

Obwohl die Korporationen bindende Entscheidungsgewalt für jeden einzelnen besitzen, der sich in ihrem Machtbereich befindet, ist es offensichtlich, daß niemand "korporativ" denkt. Das Volk betrachtet diese Organisationen als das, was sie sind: leere und dazu

noch teure Institutionen, die die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital erleichtern sollen. Das Volk, durch diese Organisationen gefesselt, ist dazu verdammt, zuzusehen, wie die Zeit vergeht, ohne daß Portugal aus seinem Unglück herausgeführt wird.

D) Die repressive Gesetzgebung - Erziehung - Zukunft

Die Verfassung von 1933 macht die Beschränkung aller Freiheiten möglich: der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit ... Sie ermöglicht die Verletzung des Briefgeheimnisses, der Wohnung, die willkürliche Verhaftung ohne richterlichen Entscheid usw. Alle diese Praktiken sind zwar nicht wirklich legimiert, aber durch die Praxis der PIDE und durch Dekrete der Regierung haben sie den Charakter des Gewohnheitsrechts angenommen. Die Regierung hat eine sehr viel stärkere legislative Macht als die Nationalversammlung, obgleich auch diese nur aus Trabanten des Diktators zusammengesetzt ist. Durch ein Dekret des Justizministers wurde z.B. die Polizei ermächtigt, alle Personen, die sich auch nur verdächtig gemacht hatten, durch "subversive Aktionen" die Sicherheit des Landes zu gefährden, festzunehmen. Durch ein anderes Dekret wurde ihr erlaubt, jeden Ausländer zu verhaften, der sich der Gefährdung irgendeines Natolandes schuldig gemacht hat. Das erstere Dekret hat die Verhaftung unzähliger Personen nach sich gezogen, unter ihnen mehrheitlich Studenten. Die Richter der politischen Tribunale werden nach dem Grad ihrer Botmäßigkeit vom Justizminister eingesetzt.

Die Absicht, die Massen zu "christianisieren" und zu treuen Untertanen der Regierung zu machen, spiegelt sich auch im Erziehungssystem wieder. Die Zahl derer, die durch die höheren Schulen gehen, ist sehr gering. Die Schulpflicht erstreckt sich nur auf vier Jahre, und die unzureichende Ausbildung bringt mehr Schaden als Nutzen, wenn die aus ihr hervorgehenden Semi-Analphabeten auf die Gesellschaft losgelassen werden. Wenn sie nicht, was häufig genug der Fall ist, nach einiger Zeit das Lesen wieder völlig verlernt haben, so werden sie durch ihre unvollkommene Bildung doch bestimmt, sich mit allen Mängeln der Gesellschaft kritiklos abzufinden.

Die Großbourgeoisie schickt ihre Kinder auf Jesuiteninternate, wo sie nach den modernsten Regeln in den reaktionärsten Fächern unterwiesen werden, besonders im Kult der Monarchie. Der Hochschulunterricht ist sehr veraltet. Ingenieure, die als Bankangestellte oder mit Stundengeben ihr Leben fristen, Ärzte, die im Monat nur DM 30,-- verdienen, sind keine Seltenheit. Auf der anderen Seite gibt es Akademiker, die gleichzeitig zwei gutbezahlte Posten innehaben und es so zum Millionär bringen. Der Wettbewerb in den akademischen Berufen ist sehr stark und drückt die Existenzbedingungen der Ärzte, Advokaten und Techniker herab. Die Universitätsfächer sind dogmatisch begrenzt und starr auf die Apologie des Salazar'schen "neuen Staates" ausgerichtet. In den Rechtswissenschaften wird der "Korporativismus" verfochten, das Familienrecht ist vom kanonischen Recht inspiriert. Das künftige Bürgerliche Gesetzbuch ist von einem noch reaktionäreren Geist erfüllt als das von 1910.

Die ganze mittelalterliche Situation Portugals wird deutlich an einigen Einzelheiten des Familienrechts. Z.B. werden uneheliche Kinder stark benachteiligt gegenüber ehelichen, ein Ehebruch durch die Frau wird schwerwiegender geahndet als der des Mannes, eine kirchlich geschlossene Ehe wird vom Bürgerlichen Recht - wie nach kanonischem Recht - als untrennbar betrachtet. Die Frau ist gegenüber dem Mann rechtlich benachteiligt.

Bei so düsteren Perspektiven fragt man sich, wie die Zukunft des portugiesischen Volkes aussehen soll. Das Elend und die Primitivität von 4 - 5 Millionen einerseits, die Armen

die Kolonien, die Interessen der großen Magnaten andererseits haben eine gefährliche Kluft geschaffen, und nur der Obskurantismus hat den Ausbruch einer Revolution bisher verhindert. Das portugiesische Volk kann nicht mehr länger für die Angelegenheiten einstehen, die nicht die seinen sind und die nicht ihm nützen, sondern nur den Interessen des nationalen und internationalen Kapitalismus, der es mit brutaler Hand niederhält.

Die Opposition gegen Salazar, in der ich keine Unterschiede machen will, kämpft unter bitteren Opfern. Von hier aus möchte ich dazu aufrufen, daß man in allen Ländern und auf allen Gebieten mit ihr gemeinsam kämpfe.

D A T E N

Wahlberechtigung: von verschiedenen Voraussetzungen abhängig (Bildungsstand, Mindeststeuer)

Parteien: es besteht zwar offiziell keine Staatspartei, doch können sich faktisch nur die von Salazar geführte "Uniao Nacional" und deren Organisationen betätigen.

Wichtige Ausfuhrgüter: Kork (etwa 20 % des Ausfuhrwertes), Fische und Fischereierzeugnisse, Wein, Olivenöl, Pyrite, Baumwollgewebe.

Wichtigste Außenhandelspartner: Bundesrepublik, Großbritannien, USA, Frankreich, eigene Überseegebiete.

Mitgliedschaft: UNO, NATO, EFTA, OEEC

(nach: Der Fischer Welt-Almanach 61)

Aus einer Rede Salazars:

"Es ist weder möglich noch angebracht, eine Oppositionspartei zu schaffen."
"Die Zensur hat ... (uns) eine Handlungsfreiheit erlaubt, die wir bei anderen, angeblich liberalen Regierungsformen nicht sehen."
"Der Streik gilt bei uns als Verbrechen ... Es erscheint uns absolut wesentlich, daß der Arbeiter in der heilsamen Überzeugung lebt, nur die Ordnung könne ihm Aebeit sichern."
"Ich habe (meinen) Rücktritt nicht forciert, in der Hoffnung, einen Grad der Festigung des Regimes zu erreichen, der es ihm erlaubt, ohne Schwierigkeiten weiterzuarbeiten."

(nach: SPIEGEL, 8.2.61)

JDS

ZUR SITUATION FRANKREICHS IN ALGERIEN

Seit 7 Jahren weigert sich der größere Teil der Welt beharrlich, Kenntnis zu nehmen von der Tragödie des algerischen Volkes, Konsequenzen zu ziehen, die geeignet wären, jenes Drama zu beenden, das genau 7 Jahre zu lang dauert. Das Recht auf Selbstbestimmung der Völker, von Ost und West gleichermaßen emphatisch außer Frage gestellt, will Frankreich für Algerien nicht gelten lassen. Das ist ebensowenig zufällig, wie die Folgen des schamhaft "pacification" genannten Kolonialkrieges für das algerische Volk. Folterungen, Massenerschießungen, Konzentrationslager, der Faschismus der französischen Spezialtruppen und der europäischen Minderheit sind ebenso notwendige Ergebnisse der besonderen historischen, ökonomischen, gesellschaftlichen Grundlagen des algerisch-französischen Verhältnisses, wie das Zerbrechen der 4. Republik und die Errichtung der gaullistischen 5., wie der schmähliche Untergang der S.F.I.O. als Arbeiterpartei, wie das Entstehen einer neuen französischen Widerstandsbewegung, wie, last not least, das unaufhaltsame Erstarken der algerischen Freiheitsbewegung. Es ist nicht Aufgabe dieses Artikels, die Analyse der algerischen Freiheitsbewegung zu liefern, ihrer Entstehung, ihrer Entwicklung, der Machtkämpfe der einzelnen Gruppen usw., das würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, obendrein wäre sie heute noch kaum ausreichend zu dokumentieren: Die Freiheitsbewegung macht noch Geschichte, ist noch nicht Geschichte geworden. Es wird ebenso nicht im einzelnen untersucht, welche Konsequenzen dieser Krieg für Frankreich hatte oder warum die Welt vor Algerien so anhaltend die Augen schließt. Geliefert werden sollen einiges Material, einige Überlegungen, die geeignet sind, die Meinung zu erschüttern, das algerische Drama sei Ergebnis der Ausschreitungen bösartiger Fallschirmjäger. Der Scharfsinn dieser Meinung ist der gleiche, der den Nationalsozialismus auf einige pathologische Figuren zurückführt, die die guten Deutschen mittels teuflischer Raffinesse zu etwas überredeten, dessen Konsequenzen sie erst nicht ahnten und dann nicht wahrhaben wollten.

Eine Kolonie, die man nicht Kolonie nennt

Der Schlag ins Gesicht mit der Fliegenklappe, den der Bey von Algier dem französischen Generalkonsul verabreichte, als dieser die Rechnung für Kornlieferungen an Frankreich nicht bezahlen wollte, (die Verärgerung Frankreichs über algerische Seeräuber kam hinzu) bot (1827) den längst gesuchten Anlaß, französische Truppen in jenes Land einmarschieren zu lassen, dessen 2000 km lange, fruchtbare Küstenregion, die überdies von großer strategischer Bedeutung für die Beherrschung des Mittelmeeres war, Frankreich schon längst sich einzuverleiben gedachte. Während Marokko und Tunesien Kolonien wurden, meinte Frankreich, den Zwischenraum Algerien zum integralen Bestandteil des eigenen Staatsgebietes ernennen zu können. Die Existenz einiger Scheichtümer entlang der Küste, nomadisierender und rivalisierender Stämme im Innern des Landes ermutigten Frankreich zu der These, es gebe kein algerisches Land, geschweige denn ein algerisches Volk, niemand könne also Frankreich fürderhin das Recht streitig machen, jene tabula rasa als Teil des eigenen Landes zu betrachten, das nur durch das Mittelmeer (als sei's der Chiemsee) von der Metropole getrennt ist. Seit 1830 behauptete sich diese Ansicht Frankreichs, um erst in allerletzter Zeit, und auch da noch zögernd, der Erkenntnis Platz zu machen, daß ein Volk, ein Land, keine von Gott oder der Natur gesetzten Gegebenheiten sind, sondern Ergebnisse geschichtlicher Entwicklungen. Diese Erkenntnisse wurden freilich dem bürgerlichen Frankreich um so schwerer, als es nach seiner Meinung Geschichte (in der sich z.B. Frankreich und das französische Volk bildeten) gab, aber nicht mehr gibt.

Jene Lesart Frankreichs und nicht die fortschrittlichere Auffassung von der Geschichte konkretisierte sich nach 1830 in Algerien, was im Folgenden zu zeigen

ist, mit der ganzen Widersprüchlichkeit, die sich aus den ökonomischen Gründen der Eroberung Algeriens herleitete. Dank dieser Gründe, aus denen Frankreich sein Kolonialreich rechtfertigte, wurden die "Eingeborenen", die "Fellagah" Algeriens ebenso behandelt, wie ihre tunesischen oder marokkanischen Nachbarn, ebenso schlecht nämlich, nur enthielt man ihnen und nicht ihren Nachbarn in diesem Jahrhundert das Recht auf Selbstbestimmung vor. Die Ausbeutung kolonialen Stils vollzog sich in Algerien allein dadurch differenziert, daß die europäischen Minderheit vergleichsweise sehr stark war (sie beträgt heute 10 % der Gesamtbevölkerung) sich seit 1830 als in ihrer Heimat lebend verstand, Heimat, die gleichzeitig Kolonie war, Heimat freilich auch, in der heute die 3. oder 4. Generation Algerienfranzosen lebt und ihr Heimatrecht erbittert verficht.

Methodisch ist hier zu sagen, daß in der Folge "Algerier" die muselmanische Bevölkerung meint, "Minderheit" die Nicht-Muselmanen.

Der Widerspruch, der sich zwischen Frankreichs Lesart, Algerien betreffend, und der algerischen Entwicklung zeigt, ist generell.

1. Freiheit: Die Freiheit der bürgerlichen Revolution dehnte sich nie auf die Algerier aus. Sie waren so frei, wie Kolonialvölker eben frei sein können.

2. Gleichheit: Weder politisch, noch kulturell, noch ökonomisch hat Frankreich je ehrlich den Versuch gemacht, die Ungleichheit zwischen der Minderheit und den Algeriern zu beseitigen. Die Algerier wurden, waren und blieben bis zum heutigen Tage französische Staatsbürger zweiter Klasse.

3. Brüderlichkeit: Die Minderheit hat bis heute kein Privileg in der Realität aufgeben müssen. Je mehr sich jedoch im Lauf der Jahrzehnte die Opposition der Algerier, zumal der Intelligenz und des Proletariats gegen die herrschenden Zustände abzeichnete, je mehr die Metropole zu, meist nur auf dem Papier stehenden, Zugeständnissen sich bereitfinden mußte, desto stärker entwickelte sich aus der "gutmütigen, natürlichen Überlegenheit" des Kolonialherren jene Form des Rassendünkels des weißen Mannes, der seine Privilegien bedroht sieht durch die Wehrlosen, deren Herr er, dank der eigenen Gesellschaft, nicht mehr sein darf, jene Form des Rassenhochmuts, die Deutschland Millionen Juden vernichten ließ, die in Amerika weiße Südstaatler von einer Terroraktion gegen die Neger zur anderen treibt. In Algerien ließ sie die Spezialtruppen Konzentrationslager errichten, Männer, Frauen und Kinder foltern, Massenerschießungen durchführen. Lynchjustiz, hysterische Weiber, die sie fordern und sich an ihr ergötzen, Privatultras, die sich daran beteiligen, ohne aufgefordert zu sein, dies ist Ergebnis einer Situation, in der das bürgerliche Frankreich die quasifeudale "algerische Provinz" plötzlich auf die eigene Höhe heben will.

Die Kolonisierung Algeriens durch Frankreich, die teilweise Französisierung gemäß der Theorie der französischen Provinz Algerien schafften eine besondere Situation, aus der sich, wie zu zeigen ist, ebenso die Form der Freiheitsbewegung, wie auch die täglich weiter entschwindende nächstliegende Lösung ergibt.

Armes Algerien, reiches Algerien

Algerien besteht eigentlich aus zwei Ländern, einer Tatsache, der Frankreich von je her auf zynische Weise Rechnung trug. Nordalgerien mit seiner Bevölkerung von 9 870 000 ist 341 000 km groß, 2 000 km lang ist etwa der fruchtbare Küstenstreifen, der fast ausschließlich in den Händen von Angehörigen der Minderheit ist. Die letzten europäischen Minderheitssiedler befinden sich ca. 250 km vom Meer entfernt. Im "französisierten" Küstenstreifen mit den Städten Oran, Algier, Constantine, Bône, die mit Ausnahme von Constantine Hafenstädte sind, finden sich parallel zur Küste sowohl Eisenbahn, wie Straße, und die meisten anderen Erleichterungen der

Zivilisation, fließendes Wasser, elektrischen Strom und unter anderem die berühmte "chaine froide", eine Kette von großen Kühlhäusern. Landeinwärts löst nach einigen 50 km der "bled" den fruchtbaren Boden ab, das "Land der Kieselsteine", von der Sonne ausgedörrt und Dank uralter Bewirtschaftungsformen zu kaum mehr geeignet, als zur kargen Aufzucht einiger Schafe und Ziegen, das Land der algerischen Bauern.

Jenseits des Atlas beginnt jenes riesige Südalgerien, dessen Fläche von 1 863 000 qkm von nur 502 000 Menschen bewohnt ist. Einige Minerale im Norden, im Südosten das legendäre Saharaöl und -Gas und im Süden Frankreichs Atomwaffenversuchsgelände. Algerien ist ein Agrarland, dessen gute Böden in den Händen der Minderheit sind, dessen schlechte Böden die Algerier bewirtschaften. Die Minderheit besteht nun freilich keineswegs ausschließlich aus "Colons", noch weniger ausschließlich aus Franzosen. Rein französisch, oft aus Elsaß-Lothringen zu einer Zeit nach Algerien gekommen, als diese Gebiete an Deutschland gingen, also nach dem Krieg von 70-71, sind etwa 400 000. Weitere 400 000 haben neben französischem auch spanisches Blut, ca. 140 000 Juden und insgesamt 260 000 Spanier, Italiener und Korsen vervollständigen die Minderheit der ca. 1,2 Millionen. Während die Minderheitsbevölkerung allmählich diese Größe erreichte, ging die Zahl der Algerier sprunghaft in die Höhe, aus den ca. 2 Millionen 1830 sind heute fast 10 Millionen geworden. Dieser Bevölkerungsdruck ließ alle Versuche Frankreichs, Algerien zu europäisieren, zu Bagatellen werden.

Während die Landbevölkerung der Minderheit 93 000 Personen zählt, leben 5 925 000 Algerier direkt von der Landwirtschaft, d.h. lebten, denn ca. 1,5 Millionen Menschen wurden in sog. Regruppierungslager gebracht, nachdem man ihre Dörfer dem Erdboden gleichgemacht hatte. Sie hatten die Befreiungsarmee offen unterstützt und sollten dergestalt von ihr isoliert und unter französischen Einfluß gebracht werden. Nachdem, in Massenerschießungen diejenigen hingerichtet wurden, die Widerstand leisteten oder versuchten, einiges Hab und Gut mitzunehmen, hieß französischer Einfluß in erster Linie Hunger, Kälte, Willkür der Wachmannschaften. Nahhdem man vor ihren Augen ihre Mütter vergewaltigt hatte, ließ man die Kinder, die Halbwüchsigen zu Skeletten herabmagern. Wie anders sollte Frankreich seine Befriedung durchführen, wenn doch die Bevölkerung gar so offen mit der Befreiungsfront zusammenarbeitete?

17 150 Colons verfügen über 22 037 landwirtschaftliche Betriebe, 6 385 Großcolons freilich nur sind es, die 87 % des von der Minderheit bestellten Bodens besitzen. Um einige Mittelwerte zu geben, die die Wahrheit allerdings eher verschleiern, denn aufdecken: der Jahresdurchschnittsverdienst der Minderheit liegt bei 3 000 NF, deshalb so niedrig, weil die Schichtpyramide der Minderheit der des "Mutterlands" entspricht, also auch Proletarier enthält. Dem gegenüber steht ein Jahreseinkommen von 300 NF auf algerischer Seite, wobei es auch hier eine hauchdünne Oberschicht, einen kleinen Mittelstand über der Unmenge Proletarisierten gibt. Stellt man die Extremwerte einander gegenüber: Arbeitslose und Unterbeschäftigte der Landwirtschaft zwischen 0 bis 80 centimes pro Tag, Spitzentagesverdienste der Städte, etwa des Großindustriellen und Zeitungsmagnaten de Serigny, liegen bei mehreren 100 000 NF. Selbst das Jahreseinkommen algerischer Proletarier, die in den Städten einen festen Arbeitsplatz haben, erreicht kaum 1 500 NF. Die 400 000 algerischen Arbeiter, die in Frankreich dauernde Beschäftigung gefunden haben, sind die einzigen, die tatsächlich ebensoviel verdienen, wie ihre französischen Kollegen. In Algerien besteht nach wie vor ein kaum eingeschränktes Monopol der Minderheit für alle Berufe höherer oder mittlerer Qualifikation, dank des fast vollständigen Verfügens über das Kapital und des Monopols der qualifizierten Berufe fallen der Minderheit, gleich 10 % der gesamten Bevölkerung, mehr als 50 % des algerischen Nationaleinkommens zu. Die französische Wirtschaftspolitik in Algerien hat bis heute nie ein anderes Ziel gehabt, als dieses Land durch Monokulturen zum wichtigsten Lieferanten für den eigenen Markt zu entwickeln und gleichzeitig zum Hauptabnehmer französischer Produkte werden zu lassen. Diese Politik kam immer der Minderheit

und nur in bescheidenstem Maße der algerischen Bevölkerung zugute. Durch Umstellung der Landwirtschaft der Europäer auf den Weinbau wurde Algerien so zum wichtigsten Weinausfuhrland der Welt, während die Versorgung der algerischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln heute weniger denn je ausreichend ist.

Ein Krieg, den man nicht Krieg nennt

Dem Analphabetismus der großen Masse (1 Kind von 5, auf dem Land noch weniger, konnte die Grundschule besuchen) stand eine hauchdünne Schicht algerischer Intelligenz gegenüber. In französischem Geist erzogen, versuchte sie zunächst in dem schmalen Rahmen einer algerischen Repräsentanz in der Nationalversammlung die Interessen ihres Volkes zu vertreten (Die Verteilung der Sitze für das algerische Departement entsprach dabei in der günstigsten Zeit, vor Beginn des Befreiungskrieges, der Verteilung des Volkseinkommens, also50 % für die Algerier, wobei hier nicht untersucht werden soll, ob diese Parallelität zufällig ist.), wurden jedoch zusammen mit dem städtischen Proletariat zur Keimzelle des Aufstandes, der seit zig Jahren mehr oder weniger offen schwelte (z.B. 1945), um 1954 den Befreiungskrieg einzuleiten.

Das fanatisierte Offizierskorps, die fanatisierten Spezialtruppen, Hand in Hand mit der nationalistischen Minderheit, dem französischen Großkapital, gedachten nicht, in Algerien, also im "Mutterland" die 5. militärische Niederlage dieses Jahrhunderts nach der Schlappe in Indochina einzustecken. Die Dolchstoßlegende, Mendes-France habe die Armee verraten und Indochina verkauft war in den Köpfen dieser Gruppen Grund genug, mit der 4. Republik abzurechnen und mit der 5. einen Mann zu rufen, von dem sie in ihrer Irrationalität erhofften, er werde noch einmal zum Retter Frankreichs, der "grande Nation", wie einst die Jungfrau von Orleans. Die Dolchstoßlegende, das Bewußtsein der ewig geschlagenen Armee bereiteten freilich auch jenes Klima in der Symbiose mit der rassistisch gewordenen Minderheit, in dem mit der Parole "die SS sind wir!" in der berüchtigten "maison carré" Kinder, Frauen, Männer und Greise zu Tode gefoltert wurden, weil sie eine Sache, eine Armee unterstützen, die Frankreich nicht schlagen konnte, ohne ein ganzes Volk auszurotten. Während sich die algerische Befreiungsarmee, dank der Hilfe und Solidarität, vor allem der arabischen Nachbarvölker festigte und verstärkte, wuchs in Frankreich die Masse derer, die ein Ende des algerischen Dramas forderten.

Der Plan von Constantine

De Gaulle selbst wurde sich klar, was Frankreich in Algerien versäumt hatte, im Oktober 1958 verkündigte er den "Plan von Constantine". Dieser Plan, nach de Gaulles Hoffnung geeignet, die Emanzipation des algerischen Volkes so herzustellen, daß es sich (nach bitteren, aber bewußtseinsbildenden Kriegsjahren) noch einmal und endgültig an Frankreichs Seite schlagen werde, zeigt, wohl zum letzten Mal in aller Klarheit den grundlegenden Widerspruch der französischen Algerienversion. Dies gilt für die Konzeption des Plans ebenso, wie für seine "Realisierung". Der wohl wesentlichste Fortschritt des Plans war, daß nunmehr von 3 Kindern eines die Grundschule besucht. Während er die Errichtung von 150 Fabriken und 12 000 Arbeitsplätzen pro Jahr vorsieht (vor 1958 waren es 13 Fabriken und 900 Arbeitsplätze pro Jahr) waren es tatsächlich nur 25 Fabriken und 2 000 Arbeitsplätze, die neu geschaffen wurden und dies, obwohl der Staat 40 % der vorgesehenen Investitionssumme für ein neues Unternehmen à fondperdu zahlt, sowie eine Fülle von in der Welt einmaligen Vergünstigungen bereitstellt. Diese Aktion ließ in der Realität freilich wieder einmal mehr nur die Minderheit profitieren, deren augenblickliche Bewußtseinslage sich allerdings am besten durch den ständigen Kapitalabfluß aus Algerien dokumentiert.

160 000 neue Arbeitsplätze sah der Plan in den vergangenen 2 Jahren für das Heer der Arbeitslosen vor, tatsächlich wurden bei großzügiger Zählung (es werden z.B. die AP im Baugewerbe mitgezählt, die in den Regruppierungslagern entstanden) nur ca. 45 000 AP geschaffen. Der Plan von Constantine berücksichtigt nicht die Notwendigkeit einer Bodenreform, zumal in der Küstengegend, er erkennt zwar für die Entwick-

lung des Bled die höchste Dringlichkeitsstufe zu, seine Vorschläge sind aber unzureichend und stehen bislang nur auf dem Papier. (Künstliche Bewässerung, Mechanisierung der Produktion, Modernisierung des Anbaus durch Aufklärung der Bauern über moderne Produktionsmethoden z.B. Verwendung von Dünger, Arbeiten gegen Erosion etc.) Die Umstellung der Küstenkulturen von dem Exportgut Wein auf Produkte, die der Ernährung der jährlich um 200 000 Menschen wachsenden Bevölkerung zugute kommen müssen, ist nicht vorgesehen. Die Monokulturen bleiben im Interesse der französischen Siedler, die damit mehr verdienen, erhalten. An das Hauptproblem Algeriens, die herrschenden Eigentumsverhältnisse, rührt der Plan nicht. Die Parteilichkeit des Plans zugunsten der Minderheit läßt sich jedoch noch an weiteren Beispielen zeigen.

Teilung des Landes ?

Während es im Bled wirtschaftlich nicht voranging, nicht zuletzt auch, weil es die Befreiungsarmee nicht zuließ, entwickelte sich der industrielle Sektor in unmittelbarer Küstennähe trotz des Krieges, dank der Staatssubventionen und natürlich zugunsten der europäischen Fabrikherren. Nicht der Bled wurde entwickelt, sondern ausgewählte Zonen, zumeist Hafenstädte, Endstationen des Saharaöls und -gas. Einzig die Phosphatmine Djebel Onk befindet sich fern der Küste nahe der tunesischen Grenze. Gewiß gibt es ökonomische Gründe, die Schwerpunkte da zu legen, wo sie eh schon sind, führen doch Eisenbahn und Straße entlang der Küste, finden sich Arbeitskräfte und Spezialisten in den Städten. Vor allem spielen hier aber einmal mehr polititsche und militärische Aspekte eine entscheidende Rolle. Algerien darf sich unter keinen Umständen von Frankreich lösen, sollte es das trotzdem wollen, wird das Land geteilt.

Und nun bekommt Frankreichs bisherige Algerienpolitik eine neue, zynische Variante. Sicher spielen ökonomische, kurzfristige Gründe eine Rolle für die industriellen Schwerpunkte Algeriens, sicher ist der militärische Schutz neuer und bestehender Produktionsstätten nur noch in Küstennähe zu garantieren, entscheidend ist jedoch, daß Frankreich das tatsächlich Investierte auf keinen Fall aufzugeben gedenkt. Algerie française reduziert sich plötzlich glasklar auf zwei Gebiete, das französisierte Küstengebiet und die Öl- und Gasquellen der Sahara. Um das übrige Algerien, das algerische Volk hat man sich nie gekümmert, nun aber sagt man offen, zum ersten Mal ehrlich: soll die algerische Sache siegen, uns war das im Grunde immer schon gleich, soll sich ein unabhängiges Algerien gründen, sein Gebiet wird sein, was uns nicht interessiert. Die entwickelten Gebiete nämlich brauchte Frankreich als Markt, Frankreich brauche sie als Markt. Trotzdem spielt freilich bei dem Plan auch noch die Hoffnung mit, jedes weitere Kriegsjahr würde den Widerstandswillen schwächen, das algerische Volk von Frankreichs Größe durch deren Zeugen in Algerien überzeugen und ihm klarmachen, daß Algerien nur durch und mit Frankreich leben kann. Diese Hoffnung jedoch, Nebenprodukt des Plans, schwindet mehr und mehr, angesichts der Pannen die der schon einseitige Plan bei seiner Verwirklichung erfuhr. Die versprochenen Änderungen kamen nicht oder zu langsam, die versprochene Erhöhung des Lebensstandards um 7 % pro Jahr für die algerischen Bauern blieb aus, nicht zuletzt wegen der raschen Zunahme der algerischen Bevölkerung, die der Plan kaum einberechnete und die jeglichen Fortschritt sofort aufsaugte.

Schließlich ist nicht zu übersehen, daß den jährlichen französischen Ausgaben für den Algerienkrieg von 10 Milliarden NF mit jährlich 1, 5 Milliarden knapp ein siebtel für wirtschaftliche und soziale Aufgaben gegenüberstehen. Angesichts dieser Diskrepanz ist es den Kreisen der algerischen Bevölkerung, auf die de Gaulle mit seinem Plan als dritte Kraft neben und gegen den FLN hoffte, sonnenklar, daß ihre Bereitschaft, mit de Gaulle zu gehen, nichts anderes bedeuten kann, als Perennierung des bestehenden Unrechts, das dem algerischen Volk durch Frankreich widerfuhr und widerfährt.

Letztlich hat jener Plan von Constantine, auf den de Gaulle so stolz war, keine andere Funktion als den Ausbau der europäischen Bastionen an der Küste und tief in der Sahara für eine zukünftige Teilung, als letzten Ausweg vorzubereiten.

Aus dieser absoluten Überzeugung, daß Frankreich niemals diese bevorzugten Gebiete Algeriens aufgeben darf, speist sich, angesichts des wachsenden Widerstandes, nicht nur des algerischen Volkes, jene blinde Wut des bedrohten Privilegierten, der koloniale Faschismus, dessen Alltag in Algerien heißt:

- Verschleppung von 2 Millionen Algeriern in Regruppierungslager und geheime Konzentrationslager
- Unzählbare, unmenschliche Folterungen
- Massenerschießungen
- 150 000 getötete Algerier
- Hunderttausende, die nach Tunesien oder Marokko flohen und dort unter unsagbaren Umständen leben
- Armut, Hunger, Kälte, Furcht.

j. sch.

C U B A

Daten über die ökonomische Abhängigkeit eines formal selbständigen Staates

> Senator let me explain to you that the United States, until the advent of Castro, was so overwhelmingly influential in Cuba that, as I said here a little while ago, the American Ambassador was the second most important man in Cuba, sometimes even more important than the President. That is because of the reason of the position that the United States played in Cuba. Now, today, his importance is not very great.
>
> (Earl E. T. Smith, der frühere Botschafter der USA in Cuba vor einem Ausschuss des amerikanischen Senats, am 30. 8. 1960)

Dieses Zitat ist der von Paul M. Sweezy herausgegebenen Zeitschrift "Monthly Review" entnommen, die in den Nummern 3/4 und 8, 1960 eine ausführliche Analyse des vor- und nachrevolutionären Situation auf Cuba gab. Daß die folgenden Ausführungen kein anderes Material als das von Sweezy publizierte zur Verfügung haben (sieht man von dem Aufsatz J. P. Sartres im "France-Soir" ab), ist der Einmütigkeit der westlichen Presse zu verdanken, mit der sie das cubanische Problem entweder totschwieg oder aber in oft geradezu grotesker Weise entstellte.

Diese Schweigsamkeit, die sonst nur gegenüber der Intimsphäre gepflegt wird, ist sicher nicht zufällig. Kann doch der Abbau einer imperialen Herrschaft, wie es in Cuba geschah, zweierlei demonstrieren: einmal die Tatsache der imperialen Herrschaft und zum anderen, daß es möglich ist, sie abzuschütteln.

Mit 114 500 km^2 ist Cuba die größte der Antilleninseln. 1960 hatte es 6.600.000 Einwohner, davon 76 % Weiße, 14 % Schwarze und 10 % Mulatten.

Cuba wurde 1492 von Kolumbus entdeckt. Bis 1898 blieb Cuba spanische Kolonie. die sogenannten Befreiungskämpfe oder auch Unabhängigkeitskämpfe wurden durch Eingreifen der USA rasch beendet, Cuba erhielt eine Verfassung. Mit der Drohung, daß anderenfalls die amerikanischen Besatzungstruppen Cuba nicht verlassen würden, erzwangen die Amerikaner einen Verfassungszusatz, den auch der Kongress der Vereinigten Staaten als Gesetz verabschiedete. Dieser Zusatz von 1901, Platt Amendment, gab den USA das Recht zur Intervention, wenn immer sie der Ansicht sein sollten, daß "Leben, Besitz, und individuelle Freiheit" der Cubaner nicht gewährleistet seien. Die cubanische Republik währte bis 1914, es folgte eine durch einen Staatsstreich installierte Diktatur, die 1933 durch eine demokratische Revolution beendet wurde, wenige Monate später gelangte Batista an die Macht. Er wurde 1944 durch von ihm ausgeschriebene Wahlen abgesetzt und floh nach den USA. 1952 kehrte er zurück und präsentierte sich als Präsidentschaftskandidat. Die Macht, die er auf solch legalem Wege wohl kaum erhalten hätte, sicherte er sich noch während des Wahlkampfes durch einen Staatsstreich. Nachdem ein erster Versuch Castros, das Batista-Regime zu stürzen, 1953 mißglückt war, landete er am 2.12.56 von Mexiko kommend auf Cuba und begann mit 48 Mann einen anfänglich als aussichtlos eingeschätzten Partisanenkampf. Fast genau 2 Jahre später, am 8.1.59, marschiert Castro in Havanna ein.

Eine noble Geste ?

Die militärische Hilfe, mit der die USA den cubanischen Freiheitskampf gegen die spanische Kolonialherrschaft entschieden, war weder die noble Geste, als die sie dem heutigen Cuba vorwurfsvoll entgegengehalten wird, noch blosse Konsequenz der Monroedoktrin, vielmehr hatte sie reale ökonomische Gründe. Dazu ist es notwendig, etwas weiter in der Wirtschaftsgeschichte Cubas zurückzugehen.

1868 unternahmen die Cubaner einen ersten Aufstand gegen die Spanier. Der Aufstand wurde niedergeschlagen, als seine unmittelbare Folge lag das Land brach und die Bauern waren verarmt. In diese Lücke stieß das amerikanische Kapital und kaufte billig die ersten Ländereien auf, die im Laufe der Zeit zu großen Plantagen zusammengeschmolzen wurden, Zuckerrohrplantagen. Zu jener Zeit genoß Zuckerrohr noch eine fast monopolartige Stellung, 1853 stammten erst 14 % der Weltzuckerproduktion aus Rüben, 86 % aus Zuckerrohr. Das Verhältnis änderte sich jedoch schnell: 1884 hatte der Rübenzucker schon einen Anteil von 53 % und vergrößerte diesen Anteil ständig. Die Zuckerpreise am Weltmarkt fielen, und wenn die Produktion von Zucker aus Zuckerrohr konkurrenzfähig bleiben wollte, mußte sie rationalisiert werden. Damit war der Anstoss zu einer Entwicklung gegeben, die in der Folge die kleinen, kapitalschwachen Betriebe zur Aufgabe zwang. Sie wurden von kapitalkräftigen Unternehmen übernommen, die sie zu rentablen Großbetrieben zusammenfaßten und mit Maschinen ausstatteten, nachdem die cubanischen Kleinbauern ihre Zuckermühlen teilweise noch mit Ochsenkraft betrieben hatten. 1896 hatten die amerikanischen Investitionen in der cubanischen Zuckerproduktion bereits einen Wert von 30 Mio $. 10 % der cubanischen Zuckerproduktion kam aus Fabriken in amerikanischem Besitz. Zur gleichen Zeit kauften amerikanische Unternehmen wie Bethlehem Steel und Rockefeller Eisenerz-, Mangan- und Nickelminen, bis 1896 ungefähr im Wert von 13 Mio $. Mit weiteren 5 Mio $ in Tabakplantagen beliefen sich die amerikanischen Investitionen in Cuba 1896 auf insgesamt 50 Millionen $.

Der damalige amerikanische Präsident, McKinley, rechtfertigte denn auch in seiner Kongressbotschaft vom 11.4.1898 ohne Pathos und sehr korrekt das Eingreifen der USA in den cubanischen Unabhängigkeitskampf: "... durch die sehr ernste Beeinträchtigung von Gewerbe, Handel und Geschäften unseres Volkes und durch die mutwillige Zerstörung von Besitz und die Verwüstung der Insel."

Mit Konsolidierung der Verhältnisse und geschützt vor politischen Risiken durch das Platt Amendment verstärkte sich der Strom amerikanischen Kapitals nach Cuba. 1901 kaufte beispielsweise United Fruit 175 000 Morgen Land, um Zuckerrohr darauf anzupflanzen. Käufe in ähnlichen Größenordnungen waren keine Seltenheit. Cuba, das sich mit Hilfe der Amerikaner aus amerikanischer Abhängigkeit befreit hatte, wurde eine Kolonie amerikanischen Kapitals.

Zollgesetze

Amerikanische Interessen und nicht, wie es heute oft dargestellt wird, cubanische, waren es denn auch, die den amerikanischen Kongress 1903 zu folgender Regelung veranlassten: Für cubanischen Zucker wurde der Einfuhrzoll um 20 % ermässigt, umgekehrt wurden auch die Exportzölle für amerikanische Erzeugnisse nach Cuba um 20 - 40 % gesenkt. Dadurch wurde cubanischer Zucker für die amerikanischen Raffinierien billiger als jeder andere, was natürlich eine Steigerung der cubanischen Zuckerproduktion und damit der Profite zur Folge hatte. Andererseits konnte Amerikas Landwirtschaft und Industrie billiger als jede andere Waren nach Cuba liefern. Beides trug zu einer einseitigen und vollkommenen Bindung Cubas an Amerika bei. Zudem liegen hier die Schlüssel dazu, daß die cubanische Landwirtschaft sich völlig auf den Anbau von Zuckerrohr spezialisierte und sich auch in der Folgezeit keine Industrie entwickeln konnte: zum einen, weil es nicht im amerikanischen Interesse lag, zum anderen, weil die billig importierten amerikanischen Waren den Markt ohnehin versorgten.

Mit den amerikanischen Zollgesetzen erlebte die cubanische Zuckerindustrie einen ungeheuren Aufschwung. 15 000 km Gleise für Privateisenbahnen wurden verlegt, um die Felder mit den Zuckerfabriken zu verbinden, die cubanische Regierung baute zusätzlich 5 700 km als Verbindung zwischen Fabrik und Hafen. Trotz ständiger Arbeitslosigkeit importierten die Konzerne Tausende von Jamaikanern, Haitanern und chinesischer Kulis, die die Reservearmee noch vergrößerten und somit die Löhne niedrig hielten, bzw. drückten, und zudem denkbar unrevolutionär gesonnen waren. Mit solchen industriellen Methoden konnten die kleinen Bauern nicht mithalten, sie wurden entweder expropiiert, d.h. ihr Besitz ging in den der Konzerne über und sie selbst wurden landwirtschaftliche Lohnarbeiter, oder aber sie gerieten in Abhängigkeit zu den Konzernen und wurden durch Lieferverträge an die Konzerneigenen Mühlen gebunden.

Folgen einer Krise

Der erste Weltkrieg verringerte das Zuckerangebot auf dem Weltmarkt, besonders durch den Wegfall der europäischen Rübenzuckerproduktion, die auch nach dem Krieg noch einige Jahre stagnierte. Der Zuckerpreis schnellte hoch. Er betrug damals 5 1/2 ¢ pro Pfund und enthielt zu dieser Rate schon hohe Profite. Im März 1920 betrug er 10 ¢, am 1. April 13 ¢, am 19. Mai 22 1/2 ¢ (die Zuckerarbeiter erhielten während dieser Zeit, die als dance of the millions bekannt wurde und ungeheure Profite auswarf, 25 - 60 ¢ pro Tag). Jetzt begann der Umschlag, der in einer umfassenden Krise endete: Am 19. Juli lag der Preis bei 17 ¢ , am 28. September bei 9 ¢, am 10. November bei 6 ¢ und am 13. Dezember war er auf 3 3/4 ¢ gesunken.

Die Besitzer der kleineren, noch konzernfreien Zuckerfabriken hatten während des booms Investitionskredite aufgenommen, die sie jetzt nicht zurückzahlen konnten - sie wurden in die großen amerikanischen Gesellschaften eingegliedert. Die Banken konnten die Einlagen nicht mehr auszahlen und schlossen: die Banco Nacional und die Banco Espanol wurden durch die National City Bank ersetzt. Amerika hatte endgültig die Herrschaft über die Insel angetreten.

Die nebenstehenden Zahlen sind Indices dafür, wie der amerikanische Einfluss wuchs; sie geben jeweils an wieviel Prozent der cubanischen Zuckerproduktion aus Fabriken in amerikanischen Besitz kamen.

1896 - 10 %
1914 - 35 %
1926 - 63 %

Die Bindung Cubas an die USA wird noch deutlicher, wenn man die Entwicklung des Anteils von Cubazucker am US-Zuckerverbrauch betrachtet:

US-Zuckerverbrauch 1901:	2 963 000 t	
davon cuban. Zucker	550 t	0,02 %
US-Zuckerverbrauch 1911:	3 800 000 t	
davon cuban. Zucker	1 674 000 t	44 %
US-Zuckerverbrauch 1925:	6 934 000 t	
davon cuban. Zucker	3 923 000 t	56,6 %

Trotzdem war die Handelsbilanz Cubas mit den USA nie aktiv.
Die USA kontrollierten die Insel vollständig: 1956 betrug der amerikanische Anteil an der Elektrizitätsversorgung (wozu auch die Investitionen der Telephongesellschaften gerechnet sind) 90 %. Vom cubanischen Eisenbahnnetz waren 50 % in amerikanischem Besitz. American and Foreign Power hatten 272 Millionen $ investiert. Weitere Großkonzerne, die auf Cuba maßgeblich vertreten waren: International Telephone und Telegraph, Rionda-Gruppe, Freeport Sulphure, United Fruit, Esso, Texas Oil. In der verarbeitenden Industrie machten die amerikanischen Investitionen 50 % aus. Amerikanische Banken verwalteten 25 % aller cubanischen Bankdepositen.

1939 wurden 55 % der cubanischen Zuckerernte von amerikanischen Gesellschaften produziert, 22 % von cubanischen. Das Verhältnis änderte sich später etwas zu cubanischen Gunsten, nämlich 62 % zu 36 %.

6 große Gesellschaften kontrollierten 1 Mio ha Zuckerrohranbauland, d. i. mehr als die Hälfte der überhaupt mit Zuckerrohr bebauten Fläche. Fast 4 Millionen ha fruchtbaren Landes blieben ständig unbebaut, weil es in den Händen von Trusts war, die die Preise hochhalten wollten, das Land aber andererseits auch nicht zur Bebauung mit anderen Kulturen freigaben. 70 % des Ackerlandes war in den Händen einer Gruppe, die nur 8 % der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung ausmachte.

> "Vor 25 Jahren siedelte sich der cubanische Landmann auf einem Stück Landes an, das das meiste von dem, was er an Nahrung und Schutz brauchte, produzierte, vielleicht noch etwas mehr, das er für Reis und Kleidung eintauschen konnte. Das Wachsen der Zuckerindustrie in großem Maßstab hat seine Welt völlig verändert. Er ist jetzt Teil eines großes Industrieunternehmens geworden, von dem er seine Entlohnung erhält und das ihn mit Unterkunft versorgt. Es hat ihn in den Strom des modernen industriellen Fortschritts gestellt. Aber er hat keinen Anteil an der Lenkung dieses industriellen Giganten; er hat keine Stimme in seinem Management. Zudem muß er sich noch nach Bildung, Erholung und Brot umsehen. Er hat, willentlich oder nicht, ein einfaches Leben in Unwissenheit und Tugend vertauscht mit einem Lehnsverhältnis mit einem fremden Koloss. Seine Zukunft ist nicht seine eigene. Sie wird für ihn in einem Direktorenzimmer in New York bestimmt." (Leland Janks, Our Cuban Colony, New York 1928. Zit. nach Sweezy)

Dialektik des Imperialismus

Die vorstehenden Daten sind nicht nur interessant als Bestätigung dessen, daß Cuba einen Modellfall imperialistischer Ausbeutung darstellt. Sie geben darüber hinaus Auskunft über die für das betroffene Land positiven und negativen Aspekte des Imperialismus.

Das ausländische, vornehmlich amerikanische Kapital organisierte die cubanische Wirtschaft nach 1902 und besonders während der Zuckerkrise völlig um. Der kleine, unwirtschaftliche Grundbesitz wurde expropiiert und zusammengefasst zu größeren Einheiten. Die so entstandenen riesigen Plantagen waren Voraussetzung einer modernen, extensiven Bodennutzung und stellten zweifellos einen Fortschritt gegenüber den kleinen Parzellenbetrieben dar, die mit minimalen technischen Hilfsmitteln vornehmlich für den Eigenbedarf produzierten und nur tauschten, um in den Besitz von Konsumgütern zu kommen, die sie nicht selbst produzieren konnten, nicht aus Profitinteresse: eine Art Gebrauchswertetausch, jedenfalls noch nicht der von Tauschwerten.

Vor dem vom Kapital in großem Stil betriebenen Bauernlegen kannte Cuba keinen eigentlichen Markt. Dessen Voraussetzungen wurden erst mit der Organisation der Zuckerproduktion in landwirtschaftlichen Großbetrieben geschaffen, die nach industriellem Muster arbeiteten. Fehlten vorher Austausch und Arbeitsteilung fast ganz, insofern hauptsächlich für den Eigenbedarf produziert wurde, so machte die Expropriation der kleinen Bauern diese zu Lohnarbeitern, die ihre Arbeitskraft als Ware auf dem entstehenden Markt anboten, für diesen Markt Güter in Form von Waren produzierten und diese Waren dann wieder kauften, Güter, die sie vorher nur produziert hatten, um sie wieder dem Eigenkonsum zuzuführen. Die Produktion der übernehmenden Gesellschaft wurde durch die Übernahme der Produktionsmittel des feudalen Systems ausgedehnt. Das neue System entwickelte gleichermassen das Warenangebot wie die Nachfrage nach Waren, sei es nach Produktionsmitteln wie Maschinen, Geräte, Verkehrsmittel, sei es nach Konsumtionsmitteln für die Lohnarbeiter. Der innere Markt als Bedingung einer kapitalistischen Entwicklung wurde von außen nach Cuba hineingetragen, künstlich auf eine Struktur aufgesetzt, die, isoliert, wahrscheinlich noch in feudalen Produktionsverhältnissen verharrt hätte. (Zum Begriff des inneren Marktes siehe Lenins Arbeit "Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland", Kap. I, in: Lenin/Werke Bd. 3)

Die progressive Entwicklung verkehrte sich jedoch rasch in ihr Gegenteil: der imperialistische Ableger des Kapitalismus erwies sich, eben auf Grund seiner imperialistischen Eigenart, als fortschrittshemmend. Zwar war mit der Schaffung des inneren Marktes eine Voraussetzung für eine Industrialisierung Cubas gegeben, aber auf diesem Markt fehlte ein Faktor, der für eine eigentlich liberal-kapitalistische Entwicklung notwendig ist, sie erst ausmacht: die Konkurrenz.

Sartre stellte fest, daß der cubanische Kampf um die Bürgerrechte gegen die spanische Monarchie in Amerika einen Helfer fand, der selbst nicht mehr leberal war, sondern aus dieser Phase schon in der des Trusts war. Der Kapitalismus in Cuba trat in seiner Spätform auf und übersprang so die den Monopolen sonst vorausgehende Differenzierung der Produktion.

Monokultur als Folge des Imperialismus

Das Zuckermonopol teilte den Markt unter sich auf und in dem Maße, wie es ihn entwickelte, erstickte es ihn auch sogleich. Zwischen den Gesellschaften, die die cubanische Zuckerproduktion kontrollierten, gab es keine Konkurrenz, der Preismechanismus war durch die Fixierung an die amerikanische Rübenzuckerpreise weitgehend außer Kraft gesetzt (der sog. "Tarif Hawley-Smoot" ist nicht etwa, wie es heute auch hingestellt wird, zum Wohle des cubanischen Volkes erfunden worden, sondern folgte konkreten Interessen des Kapitals: durch sein Mindestpreissystem garantierte er sowohl den amerikanischen Rübenzuckerproduzenten Schutz vor konkurrierender Unterbietung, wie er den amerikanischen Rohrzuckerproduzenten Cubas einen Mindesprofit sicherte).

Überproduktionskrisen (wie die von 1952, als deren Folge Batista an die Macht kam) verstärkten nur die Position der Großen und vernichteten die Reste der Kleinproduzenten. Das Arbeitskräftepotential war groß und wurde durch die ständige Freisetzung der Kleinproduzenten noch vermehrt, dadurch konnten die Löhne extrem niedrig gehalten werden, was natürlich auch die Nachfrage nach Konsumgütern eindämmte. Zudem hatten die Zuckerarbeiter nur während der 4 Monate dauernden Erntezeit Beschäftigung und Lohn, während der übrigen 8 Monate stießen sie zu der ungeheuren Reservearmee. Trotzdem hätte die, wenn auch geringe Nachfrage ausgereicht, um das Entstehen zumindest einer Konsumgüterindustrie zu begünstigen, die freigesetzte Arbeitskraft forderte geradezu die Industrialisierung Cubas. Die Zuckerkonzerne hatten jedoch kein Interesse an einer Verringerung des Angebots an Arbeitskraft, sie hatten ebensowenig ein Interesse daran, daß die Zuckermonokultur und damit ihre Herrschaft aufgelockert würde durch Anbau anderer agrarischen Produkte. Zum Interesse des Zuckermonopols gesellte sich das der amerikanischen Farmer, von denen Cuba fast seinen ganzen Bedarf an Südfrüchten, Hackfrüchten, Tomaten, und vor allem sein Hauptnahrungsmittel Reis importieren mußte. Durch die Zollvereinbarungen konnten nicht nur agrarische Erzeugnisse konkurrenzlos billig eingeführt, und damit dem Entstehen einer eigenen cubanischen Agrarproduktion entgegengewirkt werden, das ebenso billige Angebot an industriellen Erzeugnissen verhinderte auch das Entstehen einer eigenen cubanischen Industrie und die Erschließung der Bodenschätze an Eisen und Nickel (die zu den wichtigsten der Welt gehören), Chrom, Mangan und Kupfer.

Das Interesse der Kolonialmacht Amerika stellte sich als dem Cubas genau entgegengesetzt heraus. Die Zuckermonokultur beförderte gleichermaßen den amerikanischen Profit wie den cubanischen Ruin.

Vorrevolutionäre Situation und Revolution

Die Revolution Fidel Castros war unmittelbar gegen Batista gerichtet, aber hinter Batista stand amerikanisches Kapital, Batista war Exponent, Personifizierung all dessen, was das cubanische Elend bewirkt hatte. Die Revolution war (nach übereinstimmender Meinung Sweezy's und Sartres) das notwendige Produkt des sich ständig zuspitzenden Widerspruchs zwischen dem wachsendem Reichtum auf der einen und der wachsenden Armut auf der anderen Seite.

Die Revolution konnte sich auf kein Industrieproletariat stützen, es war zwar gewerkschaftlich gut organisiert, aber einmal war es zahlenmäßig zu schwach, zum anderen standen die Gewerkschaften wie auch die KP Castro anfangs mißtrauisch gegenüber und glaubten nicht, daß eine schwache und schlecht ausgerüstete Gruppe Rebellen die 5 000-Mann-Armee Batistas schlagen könne. Zur praktischen Revolutionierung der Verhältnisse konnte er sich nur auf das Landproletariat stützen, wozu ohne weiteres auch die gerechnet werden können, die zwar noch kleine Stücke Landes bewirtschafteten, aber ständig am Rande des Existenzminimums lebten, da dieses Land fast immer Eigentum der großen Gesellschaften war, die die Bauern so in einer Art Lehnsverhältnis hielten (1953 standen 85 % aller Kleinbauern in einem Pachtverhältnis). So waren auch 3/4 bis 4/5 der Rebellen, die an den Endkämpfen (1958) teilnahmen, Bauern, d.h. größtenteils landwirtschaftliche Lohnarbeiter.

Castro konnte sich auf ein ungeheures Potential an Unzufriedenheit und Hunger stützen: Nach Angaben, die er nach dem ersten mißglückten Putsch vom 26. 7. 53 vor dem Gerichtshof in Havanna machte, gab es 1953: 700 000 ständige Abeitslose -500. 000 Landarbeiter mit jährlich nur 4 Monaten Arbeit, 400 000 Industriearbeiter -100 000 Lehnsbauern -400 000 Familien in Baracken ohne ein Minimum sanitärer Anlagen. 2 200 000 Stadtbewohner zahlte Mieten zwischen 1/5 und 1/3 ihres Einkommens. 2 800 000 der Stadt- und Vorstadtbevölkerung hatte keine Elektrizität. 31 % der Bevölkerung über 6

Jahren hatte nie eine Schule besucht, 29,4 % nur 3 Jahre oder weniger, praktisch waren 60 % der Bevölkerung völlig ungebildet. Auf dem Land, wo es in großen Bezirken überhaupt keine Schulen gab, lag der Prozentsatz der Analphabeten bei der Bevölkerung über 10 Jahren bei 41,7 %

Das revolutionäre Potential der verelendeten Landarbeiter und Kleinbauern wurde noch verstärkt durch die ungefähr 60 000 Arbeiter aus den Zuckerfabriken, die gewerkschaftlich ausgezeichnet organisiert waren und durch die große Mobilität zwischen Land- und Mühlenarbeitern stark zur Bewußtseinsbildung der Landbevölkerung beitrugen. Die geplante Agrarreform hatte Castro schon 1953 in seiner Verteidigungsrede vor Gericht skizziert, sie wurde von den Rebellen dann während der Kämpfe in den erobeten Gebieten durchgeführt und schon am 10.10.58, also noch während der Kämpfe, zwei Monate vor dem Sieg, vom Hauptquartier der Rebellen als Gesetz verkündet: Für die unterdrückten Bauern war es evident, daß sie für ihre objektiven Interessen kämpften.

Agrarreform

Mai 1959: Aus der Präambel zum Agrargesetz vom 17.5.59:

"Die Agrarreform hat zwei prinzipielle Ziele:

a) die Anpflanzung oder Erweiterung neuer Kulturen im Hinblick auf die Versorgung der Industrie mit Rohmaterialien, um die Lebensbedürfnisse der Nation zu befriedigen, die Erhöhung des Exports von Agrarprodukten und, damit in Wechselwirkung, den Import ausländische Erzeugnisse, die wir benötigen;

b) die Entwicklung des inneren Marktes durch Hebung der Kaufkraft der Landbevölkerung; anders ausgedrückt, die Steigerung der nationalen Nachfrage, um die Industrien zu entwickeln, die durch zu stark eingeschränkten Konsum verkümmert sind oder, um solche anzureizen, die mangels Nachfrage sich nie haben bei uns ansiedeln können."

Ausländer dürfen keinen cubanischen Boden besitzen. Niemand darf mehr als 400 ha besitzen, in Ausnahmefällen bis zu 1 200 ha. Land darf nur der besitzen, der es bearbeitet. Das Land darf nicht geteilt werden, es darf, auch im Todesfalle des Besitzers, nur mit Genehmigung der INRA weitergegeben werden. Alles enteignete Land und das Land aus früherem Staatsbesitz soll entweder in Teile von ca. 25 ha (die als Existenzminimum für eine 5-köpfige Familie gelten) aufgeteilt und früheren Landarbeitern oder Bauern übergeben oder aber Kooperativen zugeführt werden. Dies wird entschieden nach Maßgabe der optimalen Nutzung, d.h. ob das jeweilige Land, bzw. die spezifische Kultur besser genutzt werden kann in individueller oder kollektiver Bebauung.

Dieses Prinzip, die Agrarform einzig nach sachlichen, undogmatischen Gesichtspunkten durchzuführen, kennzeichnet die ganze Arbeit der INRA, einer Behörde, die als erste Aufgabe die Agrarreform durchzuführen hatte, mittlerweile aber als zentrales Organ der staatlichen Planung, auch auf industriellem Gebiet, gelten kann.

Der INRA wurde im Agrargesetz als Richtlinie gegeben: "Wo immer möglich, wird die INRA die Bildung agrarischer Kooperative vorantreiben." Die Kooperative soll die Schlüsselinstitution des gesamten Agrarsystems Cubas werden, eine Entscheidung, die folgerichtig auf den vorgefundenen, vom Kapitalismus organisierten Verhältnissen aufbaut und sie im sozialistischem Sinn umstrukturiert. Gleichzeitig hat die INRA, die bestimmt, was die einzelnen Kooperativen anbauen, einen Weg beschritten, der von der Monokultur wegführen und die Eigenversorgung Cubas wenigstens mit Agrar-

produkten sichern soll. Innerhalb eines Jahres gelang es, die Produktion von Zukker um 3 %, von Kaffee um 68 %, von Reis um 32 %, von Bohnen um 16 %, von Getreide um 29 %, von Kartoffeln um 11 %, von Orangen um 11 % und von Tomaten um 5 % zu steigern. Diese Ergebnisse werden von Landwirtschaftsexperten besonders in Anbetracht der Tatsache einer kurz vorangegangenen revolutionären Umorganisation der Landwirtschaft als außerordentlich bezeichnet.

Ähnliche, wenn auch nicht ganz so spektakuläre Erfolge hatte die INRA auf dem industriellen Sektor zu verzeichnen. Die cubanische Regierung kontrolliert so gut wie alle ausländischen Unternehmungen. Die ausgezahlte Lohnsumme stieg innerhalb eines Jahres um 46 %, die Arbeitslosenziffer sank im gleichen Zeitraum um 36 %. Die Massenkaufkraft und damit die Nachfrage, also ein investitionsfördernder Impuls, wurde weiter gestärkt durch eine allgemeine 50-prozentige Mietsenkung und durch eine 33-prozentige Preisreduktion für Lebensmittel, Kleidung, Seifen, Zigaretten usw. in den sogenannten Volksläden, von denen die INRA mittlerweile 1 400, vor allem in den Kooperativen, eingerichtet hat.

Das Nationalprodukt Cubas hat sich gegenüber 1958 um 8 % erhöht und ist damit wieder auf dem gleichen Stand wie im Jahr vor der Revolution. Das wurde erreicht, obwohl der Zuckerexport durch die amerikanischen Restriktionsmaßnahmen gegenüber 1958 wertmäßig um 4, 7 % gesunken ist (niedrigere Weltmarktpreise), und obwohl die private Bautätigkeit, die vor der Revolution fastausschließlich das Investitionskapital, vornehmlich für Luxusbauten und Hotelbauten, absorbierte, 1959 um 56, 5 % eingeschränkt wurde. Hieraus ist sowohl das Abgehen von der Monokultur Zucker als Hauptbestandteil der cubanischen Wirtschaft wie auch die verstärkte Investitionstätigkeit auf industriellem Gebiet zu ersehen.

Die Form der Kooperative kann als Modell des neuen cubanischen Begriffs von Demokratie angesehen werden. Die Mitglieder der Kooperative, ehemalige besitzlose Landarbeiter, bestimmen die Politik der Kooperative gemeinsam mit einem von der INRA gestellten Agronomen, der auf Verlangen der Kooperative durch einen anderen ersetzt werden kann. Jedes Mitglied erhält eine Art garantierten Mindestlohn und ist am jährlichen Ertrag beteiligt, wobei darauf geachtet wird, daß nicht durch natürliche Unterschiede etwa in der Fruchtbarkeit oder der jeweils erzeugten Produkte Einkommensdifferenzen zwischen den einzelnen Kooperativen auftreten. Auf dem Gelände der Kooperative wird von den Mitgliedern mit von der Regierung gestelltem Baumaterial eine Wohnsiedlung gebaut, denen moderne Pläne von Regierungsarchitekten zugrundeliegen.

Wie von verschiedenen Beobachtern berichtet wurde, ist den Cubanern durchweg der Begriff des Privateigentums völlig fremd, die Kooperative die einzig angemessene Lebensform für sie. Das in derartigen demokratischen Zellen erzeugte Bewußtsein scheint beispielhaft zu sein für das, was Castro als konkrete oder direkte Demokratie bezeichnet. Uns scheint, daß die Organisation der gesamten Wirtschaft, die zwar ursprünglich nur nach sachlichen Erfordernissen vorgenommen wurde, sich heute unversehens aber als durchaus sozialistische erweist, eine ungemein starke gesellschaftsintegrierende Kraft ausübt und geeignet ist, eine tatsächliche Demokratie von unten auszubilden.

Peter Märthesheimer

DDR - ARBEITSGESETZBUCH

"Sache des Ruhmes und der Ehre"?

1922 erhielten die Gewerkschaften der Sowjetunion das Recht, über Betriebsleitungen, Arbeitsbedingungen, Löhne und Leistungsnormen mitzubestimmen. 1934 bis 1947 galt die betriebliche Mitbestimmung als überflüssig. 1947 erhielten die Gewerkschaften in den Betrieben der Sowjetunion die Aufgabe, die Erfüllung von "Verpflichtungen" und Plänen zu sichern. Der Versuch, das stalinistische Arbeitsrecht nach dem Kriege in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands durchzusetzen, scheiterte 1953 an dem Juniaufstand, der nicht zufällig als ein Aufstand von Arbeiterräten entstanden war. Ein weicherer Entwurf des "neuen Kurses" wurde 1954 von den Vertretern der Sowjetunion nicht gebilligt, und ein Versuch von 1957 scheiterte an inneren Schwierigkeiten. Auf dem IV. Parteitag der SED 1958 schließlich wurde die Herausgabe des neuen Arbeitsgesetzbuches angeordnet.

Der "Entwurf des Arbeitsgesetzbuches der DDR" vom 15. 11. 1960 definiert denn auch die Gewerkschaften als die Transmissionsriemen, die den 1958 geforderten "Übereinklang" der "persönlichen Interessen" mit denen der SED herzustellen haben. Der FDGB hatte zwar die "führende Rolle" der SED seit je anerkannt; hier aber wird seine Funktion zum erstenmal gesetzlich festgelegt: als "Schule des Sozialismus" hat er für "eine hohe sozialistische Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin zur raschen Steigerung der Arbeitsproduktivität und allseitigen Erfüllung der Wirtschaftspläne" zu sorgen (§ 4). Der FDGB erfüllt außerdem "bisher vom sozialistischen Staat ausgeübte Funktionen auf dem Gebiet der sozialistischen Arbeitsverhältnisse als gesellschaftliche Aufgaben (Leitung der Sozialversicherung, Kontrolle des betrieblichen Arbeitsschutzes usw.)." Er ist verantwortlich für die "Durchsetzung von Neuerermethoden, die Organisierung von "sozialistischen Wettbewerben" und für die Erfüllung der Betriebskollektivverträge.

Wer die Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit als Instrumente des Staates behindert, wird laut § 11 unter Strafe gestellt. So gibt es auch immer noch kein Streikrecht in der DDR, und das ohnehin begrenzte Mitspracherecht der FDGB-Betriebsleitungen in Personalangelegenheiten bleibt auf die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen beschränkt (§ 30).

Da "die Arbeit beginnt, zur Sache des Ruhms und der Ehre" (Präambel) zu werden, wurde aus dem Recht auf Arbeit die Pflicht zur Arbeit. "Zur Sicherung der Planerfüllung" kann einem Arbeiter gegen seinen Willen bis zu 6 Monate lang ein anderer Arbeitsplatz zugewiesen werden; Lohnausgleich erhält er nur noch für 3-8 Tage statt wie bislang 14 Tage. Auch bei Einführung höherer Leistungsnormen wird der Lohnausgleich von bisher 3 Monaten nicht mehr garantiert (§ 44). Die Arbeitszeit setzt der "sozialistische Staat" fest.

Forderungen nach Einführung der 5-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich, Abschaffung der Nachtarbeit von Frauen und Jugendlichen und der Untertagearbeit von Frauen, Verlängerung der Urlaubsdauer über den bisherigen Grundurlaub von 12 Tagen hinaus, vor allem aber nach Mitbestimmung und Streikrecht sind unerfüllt geblieben.

Der FDGB-Vorsitzende Warnke kommentierte die 153 Paragraphen des Entwurfs am 15. 11.:

> "Allgemeine Zustimmungen zum Arbeitsgesetzbuch sind nutzlos. Maßstab für die Arbeit der Lei tungen wird sein, welche ideologischen, praktischen Ergebnisse in der Diskussion erzielt wurden, welche neuen Produktionsziele sich die Kollegen setzen oder wie sie mit Hilfe der Leitung darangehen, bereits übernommene Verpflichtungen termingemäß einzulösen."

Für den Ruf nach Opferbereitschaft, die Fetischisierung der Produktivität gegenüber den Bedürfnissen der Einzelnen und die Propaganda gegen Mitbestimmung, Streik und unabhängige Gewerkschaften lieferte das Zentralkomitee eine klassische Apologie, als es am 9. 2. 1958 im "Neuen Deutschland" verkündete:

> "Die Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus lehren, daß die persönlichen Interessen mit den gesellschaftlichen Interessen im Sozialismus im Übereinklang stehen und stehen müssen und die Befriedigung der persönlichen Interessen in allererster Linie nur gesichert wird durch die Steigerung der gesellschaftlichen Produktion gesellschaftlicher Arbeitsproduktivität."

Die persönlichen Interessen wollen jedoch nicht bloß vermittelt, durch Steigerung der Produktion(Konsumgüterproduktion?), sondern vor allem direkt durch Mitbestimmung befriedigt werden. Daher ist der hier behauptete Einklang von persönlichem und gesellschaftlichem Interesse fiktiv; seine Funktion ist, Gewaltherrschaft zu legitimieren: dem Fetisch Produktivität dürfen nun die persönlichen Bedürfnisse mit Recht geopfert werden. -

Als Voraussetzung zur Verwirklichung der persönlichen Bedürfnisse müßte gerade eine im Aufbau befindliche sozialistische Gesellschaft die Arbeiterselbstverwaltung gegenüber der bürokratischen Administration ständig ausdehnen und Raum für gesellschaftliche Auseinandersetzungen bieten wie beispielsweise Fidel Castro formulierte: "Das Bedürfnis eines Menschen ist sein fundamentales Recht. Es überragt alle anderen Rechte ... Es ist nötig, daß wir von jedem alles Mögliche verlangen, aber niemals werde ich diese Generation der folgenden opfern. Das wäre abstrakt."

M. V.

SYNDIKALISMUS IM WOHLFAHRTSSTAAT

Es besteht der merkwürdige Widerspruch, daß Mitbestimmung in der Bundesrepublik besonders gesetzlich verankert ist, daß auf der anderen Seite der Syndikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung jedoch nie eine Bedeutung erlangt hat. Sich mit diesem Zweig des Sozialismus zu beschäftigen erscheint in der gegenwärtigen Situation einmal deshalb notwendig, weil die bloße Verstaatlichung nicht unmittelbar zur Selbstverwaltung führt, andererseits auch die Beschäftigung mit dem Syndikalismus für eine Erneuerung der durch die gegenwärtige Praxis weitgehend verschütteten Mitbestimmung Impulse geben könnte. Das soeben erschienene Heft "Der freiheitliche Syndikalismus im Wohlfahrtsstaat" von Evert Arvidson (Verlag: Die freie Gesellschaft, Darmstadt; Auslieferung: Hans Weigl, München 19, Donnersbergerstr. 36, Preis DM 1, 50) gibt dazu eine Fülle von Anregungen.

Arvidson ist Chefredakteur der schwedischen syndikalistischen Zeitung "Arbetaren". An Hand der Entwicklung des schwedischen Wohlfahrtsstaates (die Arbeit ist schon deshalb lesenswert, da in der Bundesrepublik die inhaltliche Gestaltung dieses Staates weitgehend unbekannt ist) zeigt Arvidson Theorie und Praxis der schwedischen Syndikalisten. In der gegenwärtigen Lage in Schweden geht er davon aus, daß "in den entwickelteren modernen Ländern ... der Kampf nicht mehr so sehr ums Brot, als um die Bewahrung und Entwicklung der Freiheit" geht. Darauf aufbauend, faßt Arvidson das Programm der schwedischen Syndikalisten in folgendem Satz zusammen:

"Wir glauben heute auf Grund unserer neueren Erfahrungen an einen freiheitlichen Syndikalismus, der es nicht als seine Aufgabe betrachtet, die bestehende, zum Wohlfahrtsstaat tendierende Gesellschaftsordnung im Namen abstrakter Programme und phantastischer Revolutionsvorstellungen zu zerschlagen, sondern machen den Versuch, an einer Erneuerung, einer Komplettierung, einer fortschreitenden Verbesserung der Demokratie in föderalistisch-sozialistischem Sinne zu arbeiten."

Diese Konzeption, die "Demokratie weiterzuentwickeln", beruht einerseits darauf, daß der von den Sozialdemokraten in Schweden verwirklichte Wohlfahrtsstaat (="Staatssozialismus") den Sozialismus im Sinne einer Selbstbestimmung der Produzenten und Konsumenten nicht verwirklicht hat; daß andererseits die Kommunisten dieses Ziel der UdSSR gleichfalls aufgaben und einen syndikalistischen Kampf dafür verhindern.

Die Schwäche der Arbeit beruht einerseits auf der Vermischung von Prinzipien ("Gegen den toten Glauben möchten wir den lebendigen Glauben stellen.") und gesellschaftlicher Analyse. Zum anderen wird die Frage zu wenig diskutiert, wie weit auch in dem sozialdemokratisch regierten Schweden - am Rande der Weltpolitik - allein durch syndikalistische Praxis (d.h.: Verzicht auf Formierung als Partei) die auch in Schweden fortgeltenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufgehoben werden können.

Dennoch sollte diese Arbeit gekauft und gelesen werden.

Monika Seifert

SOZIALDEMOKRATIE IM EXIL

Lewis J. Edinger / Sozialdemokratie und Nationalsozialismus
Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933 - 1945

Das Buch ist eine Fleißarbeit eines us-amerikanischen Professors - nicht eines Emigranten - und hat in positivistischer Manier eine Unzahl von Quellen verarbeitet, nicht nur freilich ohne sie theoretisch zu deuten, sondern auch ohne der sozialistischen Theorie mächtig zu sein, wie es der Stoff - es werden alle linken politischen Gruppierungen behandelt - erfordert hätte. Nichtsdestoweniger handelt es sich um ein außerordentlich lesenswertes Buch. Die dechiffrierende Wirkung, welche jedem positivistischem Verfahren zukommt, falls man als Leser die Fakten zu deuten versteht, bewährt trotz deren Langatmigkeit in dieser Arbeit eine beachtliche Kraft. Eingehend werden die ideologischen Entwicklungen und praktisch-realpolitischen Maßnahmen des Exilvorstandes der SPD dargelegt, wobei stets der Zusammenhang zur Entwicklung im übrigen linken Lager aufgewiesen wird. Ausführlich wird dabei vor allem die erste, noch vor 1933 in Deutschland einsetzende Phase des Exilsozialismus erörtert. Wenn theoretische Kritik in der Konfrontation von -politischen- Begriffen und -politischer- Realität entsteht, dann erhält der nachdenkliche Leser mit diesem Buch ein vorzügliches Orientierungsmittel, das auch den Weg durch aktuelle deutsche Innenpolitik zu weisen vermag.

.—.

EINIGE HINTERGRÜNDE DES BELGISCHEN STREIKS

Das Folgende ist ein Auszug aus einer größeren Arbeit über den Streik der Belgischen Arbeiter, die wir im nächsten Heft der 'informationen' veröffentlichen werden. D. Red.

... Im Gegensatz zur Entwicklung aller anderen europäischen Staaten beginnt Belgiens Wirtschaft zu stagnieren. Die Erklärung dieses Phänomens dürfte an der ganz speziellen Struktur der belgischen Wirtschaft ablesbar sein. Die Kapitalkonzentration ist hier größer als in irgendeinem anderen Land der westlichen Welt. So beherrscht die "Société Générale de Belgique" 40 % des gesamten belgischen Aktienkapitals. Sie und eine kleine Anzahl weiterer nicht ganz so großer Kapitalgesellschaften lenken unkontrolliert und zeitweilig untereinander in heftige Interessenkonflikte verwickelt, fast die gesamte Wirtschaft des Landes. Diese Gesellschaften nun waren es, die es sowohl versäumten, die belgischen Produktionsanlagen zu modernisieren, als auch der Unterbeschäftigung durch Schaffung neuer Industrien entgegenzuwirken. In direktem Gegensatz zu den Interessen des belgischen Volkes wurden stattdessen die in Belgien erzielten Gewinne ins profitablere Ausland abgeschoben...

Südamerikanische Staaten, das europäische Ausland und nicht zuletzt die Bundesrepublik mit ihren zinsgünstigeren Anlagemöglichkeiten waren Ziele der unvergleichlich hohen Kapitalflucht aus Belgien. Währenddessen wuchs in diesem Land, besonders im hochindustrialisierten Wallonien, die Arbeitslosenzahl beständig und überschritt 1960 die Anzahl von 160 000. Direkte Anleihen des belgischen Staates bei den großen Finanzgesellschaften führten ihn in eine wachsende Abhängigkeit, die, ohnehin schon bestehend, so nur noch offenkundiger und zwangshafter wurde. Die daraus resultierenden unübersehbaren Einflußmöglichkeiten außerparlamentarischer Kräfte, nämlich die des Kapitals, liegen auf der Hand. Die mittlerweile auf 400 Milliarden Bfrs angewachsenen Staatsschulden veranlaßten die belgischen Banken, von der Regierung Reformmaßnahmen zu verlangen ...

Reformmaßnahmen waren auch von den Gewerkschaften gefordert worden, und zwar schon zu einer Zeit, als die Lage der belgischen Wirtschaft noch weit weniger mißlich war. Sie forderten grundsätzliche strukturelle Änderungen der bisherigen Wirtschaftsform. So verlangt z. B. André Renard, der 1. Vorsitzende der sozialistischen Metallarbeiter, in seiner Schrift "Durch Kampf zum Sozialismus" eine volkswirtschaftliche Gesamtplanung; die Aufstellung eines Investitionsplans bezeichnet er als die vordringlichste Aufgabe einer staatlichen Wirtschaftspolitik ...

Auch die Regierung unter Führung des katholisch-konservativen Ministerpräsidenten Eyskens beschäftigt sich seit einiger Zeit mit Reform- und Sanierungsplänen. Mit der "loi unique" ("Einheitsgesetz" weil sie es nur ohne Änderungen angenommen wissen will) möchte sie die Notlage auf ihre eigene Art lösen. Durch einschneidende Reduzierung der Sozialfürsorge, Heraufsetzung des Pensionsalters und weitere Erhöhung der indirekten Steuern - schon jetzt stützen sich die Staatseinnahmen zu 60 % auf indirekte Steuern, 80 % der durch das Einheitsgesetz neu hinzukommenden Einnahmen sollen wiederum aus indirekten Steuern resultieren. - wollte man den belgischen Arbeitern und Angestellten den Löwenanteil der neuen Lasten aufbürden; sie sollen jetzt die Rechnung jahrelanger kapitalistischer Mißwirtschaft begleichen. Die Kongokrise wurde von der Regierung als der psychologisch geeignetste Augenblick angesehen, dem Volk die Notwendigkeit derartiger Reformen zu suggerieren. Wie wenig ein Zusammenhang der angeblichen "Verluste" Belgiens am Kongo mit der "loi unique" besteht, mag die Bemerkung eines Korrespondenten der "Neuen Züricher Zeitung" beleuchten, der darauf hinwies, daß die Kurse der Kongoaktien trotz der Krise kaum gefallen seien ...

P. A.

"EINE EINMÜTIGE, BRÜDERLICHE WELT"

Anmerkungen zu
Prof. Dr. Fritz Baade MdB,
"DER WETTLAUF ZUM JAHRE 2000"
Hamburg 1960 im Gerhard Stalling Verlag, 304 Seiten, DM 19,80

Das Wagnis, die Möglichkeiten und Aussichten eines friedlichen Wettlaufs zwischen den beiden Weltsphären zu untersuchen, zahlt sich schlecht aus: die Presse aller politischer Schattierungen schwieg sich über Fritz Baades Buch "Der Wettlauf zum Jahre 2000" aus; man mag zwar abstrakt das Ziel der künftigen Weltgeschichte, "den Bau einer völlig neuen Welt, einer Welt ohne Hunger, ohne Armut und ohne Krieg" bejahen. Vor der konkreten Konsequenz jedoch, durch eine vernünftigere Weltordnung zu verhindern, daß die Möglichkeiten einer Weltzukunft ohne Not durch Selbstvernichtung mit Atomwaffen vereitelt werden, scheut man zurück.

Entscheidende Bedeutung in diesem Wettlaufe mißt Baade der Frage zu, ob sich im Jahre 2000 die 2,5 Milliarden der Entwicklungsländer (heute 1 Mjd.) den 2,5 Milliarden des Ostblocks (heute 1 Mjd.) oder den 1,1 Milliarden des Westblocks (heute 0,6 Mjd.) zugeschlagen haben werden, einem System, dessen Wirtschaft von autoritären Regierungen gelenkt wird, oder einem System, in dem unter vorwiegend parlamentarischer Regierung wenige Privatpersonen die Produktionsmittel kontrollieren. Trotz dieses Bevölkerungswachstums könne durch Intensivierung, Technisierung, Kunstdüngung, Bewässerung und Zuchtversuche die Welternährungsbilanz selbst in 300 Jahren (bei einer dann kaum noch wachsenden Bevölkerungszahl von 30 Milliarden) noch ausgeglichen werden; wenn die Welt jedoch gespalten bliebe, müßten weiterhin 2/3 der Erdbevölkerung hungern. Osten wie Westen könnten im Jahre 2000 hinreichende Leistungsfähigkeit garantieren, wenn auch mit unterschiedlichem Aufwand; und der Kampf gegen den Hunger kann in den Entwicklungsländern sowohl mit den Methoden des westlichen wie des östlichen Wirtschaftssystems gewonnen werden. Im Vergleich schneidet in der Entwicklungshilfe die Sowjetunion bislang dadurch besser ab, daß sie ihre Hilfen geschickter auf die entscheidenden Ostblockrandstaaten zielt.

In diesem Zusammenhang betont Baade die entscheidende Notwendigkeit, die Landwirtschaft durch Industrialisierung von einem Überschuß an unproduktiven Arbeitskräften zu entlasten und gleichzeitig in der Produktivität zu steigern; nach dieser den überkommenen Auffassungen widersprechenden Theorie brauchten im Jahre 2000 von 6,5 Milliarden Erdbewohnern nur 0,4 Milliarden in der Landwirtschaft zu arbeiten und verfügten die USA über eine industrielle Arbeitsarmee von 110 Millionen, die Sowjetunion von 120 Millionen und China 500 - 600 Millionen Menschen. China beginne gerade zu demonstrieren, daß zwischen einer Verringerung der Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte und der zureichenden Ernährung ein direkter Zusammenhang bestehe. Gleichzeitig entwickelt Baade seine Theorie von den Arbeitslosen als beträchtlichem dynamischen Kapital, wenn, wie 1932 im Woytinski-Tarnow-Baade-(WTB)-Plan empfohlen, nicht für die Rüstung, sondern für die Bedarfsgüterproduktion verwandt. Ihre Anwendung hätte verhindern können, daß die Arbeitslosen Hitler in die Hand gespielt wurden.

Es muß erwähnt werden, daß Baades Buch sich nicht nur flüssig liest, sondern daß seine Darlegungen auch durch eine umfassende Darstellung der Bevölkerungslehre und zahlreiche Tabellen untermauert sind, die den utopischen Traum in eine wissenschaftlich vorhersehbare und planbare Zukunft verwandeln.

Wesentlich in Bades Buch sind die Berechnungen, daß sich das Schwergewicht der Welt nicht nur in der Menschenzahl, sondern auch im Wirtschaftspotential auf den Ostblock verlagern wird. Darin, daß der Ostblock 1957 die westeuropäische Stahlproduktion überholte und 1975 fast die Hälfte der Weltproduktion von 540 Million t Stahl produzieren wird, liegt keine Be-

drohung, da sich Westblock wie Ostblock so ausreichend mit Nahrungsmitteln und Energie versorgen können, daß sie sich ihren "Nahrungsraum" nicht streitig machen müssen: "Das, was Rußland auf eigenem Gebiet bereits besitzt, und das, was es in Sibirien mit den gewaltigen Möglichkeiten der Steinkohlegewinnung im Tagebau ausbauen kann und ausbauen wird, geht weit über alles hinaus, was Rußland durch Ausdehnung seines Machtbereichs in Westeuropa an Energieversorgung hinzugewinnen könne." So folgert Baade: "Die Probleme der Koexistenz liegen weder im Nahrungsraum noch im Energieraum, sondern in der Mentalität der Menschen". Neben dem Verzicht auf das Territorium der anderen sei für die Koexistenz Voraussetzung der Verzicht auf den Alleingültigkeitsanspruch des eigenen Systems.

Als das "wichtigste Faktum der neuzeitlichen Geschichte" und als ehrlich, da geboren aus dem "nüchtern", "realpolitischen" Interessen an der eigenen Existenz, bezeichnet Baade Chruschtschows Angebot radikaler Abrüstung einschließlich radikaler Kontrolle. Da eine konzessionslose Übertragung des Systems selbst auf die ostmitteleuropäischen Staaten für das sowjetische Prestige zu problematisch sei, müsse man sich nicht mehr auf Probleme der kämpferischen Revolution, sondern der qualifizierten Administration konzentrieren; davon zeuge allein, daß es jährlich in der Sowjetunion dreimal soviel Ingenieurschulabsolventen gibt wie in den USA. Bei aller notwendigen Kritik, daß Prosperität kein Beweis für Demokratie ist, konzediert Baade, daß nach dem Tode Stalins, der die alte bolschwistische Führungsschicht fast ausgerottet habe, um das System gewaltsam zu etablieren, das Regime vieles getan habe, um dem "im Volke verbliebenen Freiheitsbedürfnis" Rechnung zu tragen. Baade hält als Perspektive für möglich: "Aber immerhin kann, wenn das Regime das Volk einigermaßen geschickt behandelt, das Maß erhöhter Freiheit für den einzelnen so gestaltet werden, daß ein Sozialismus ohne jedes Privateigentum an den Produktionsmitteln dauern und mit gutem Nutzeffekt funktioniert". Zur Sicherung der materiellen Möglichkeiten, aus der Welt ein Paradies zu machen, bedarf es der Drosselung der Rüstungsindustrie überhaupt und der Abschaffung der Atomwaffen insbesondere. Baade sieht jedoch keine Möglichkeit, daß die Menschheit von sich aus zu der Lösung einer mit Abrüstung kombinierten Entwicklungshilfe gelangen kann; und aus dieser Ratlosigkeit flüchtet er in die - wie er eingesteht fiktive - Rettung der Welt durch einen "Planetenrat", der der Welt Vernichtung androht, wenn nicht konventionelle und atomare Waffen unter Aufsicht künstlicher Erdsatelliten abgeschafft werden und die durch Abrüstung gewonnenen Einsparungen einem einheitlichen Welt-Marshalplan für die Entwicklungsländer zugutekämen. Aus der Perspektive, daß nur noch eine Mahnung des Himmels an die Großen der Welt den Frieden und die erwünschte Einrichtung einer "vernünftigen Weltregierung" herbeiführen kann, spricht Resignation. Sie entspricht der Erkenntnis, daß der angesammelte "entsetzliche Haufen von geistigem und seelischem Unrat" in den Köpfen der Menschen und die "geradezu unfaßbare Unfähigkeit leitender Politiker, für die einfachsten ihnen gestellten Aufgaben eine vernünftige Lösung zu finden" bislang zu mächtig waren, als daß die Menschheit sich aus eigenen Kräften von ihnen befreien konnte, um "eine einmütige oder gar brüderliche Welt" einzurichten. So ist es denn auch nur konsequent, daß Baades Ausweg, ein ernstgenommenes Christentum, das des "Liebet Eure Feinde!", könne Rettung bringen, bloßer Appell bleiben muß.

Vielleicht mögen sich die Aussichten für die nächsten vierzig Jahre etwas hoffnungsvoller darstellen, wenn wir berücksichtigen, daß Baade fast durchweg die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen linear in die Zukunft projiziert, also auch das Scheitern einer Entspannungspolitik in den Fünfzigerjahren. Baade ist der Auffassung, daß die durch die Industrialisierung der Entwicklungsländer verursachte gegenwärtige Investitionsgüterkonjunktur noch ungefähr drei Jahrzehnte anhalten wird. Für diese Zeit dürfte denn auch die Spätblüte des Kapitalismus andauern, ohne daß das System sich qualitativ ändern muß, ohne daß sich auch die Mentalität der Menschen, von der Baade die Koexistenz abhängig macht, ändert. Solange kann auch jene "größte Aufgabe der Geschichte", den Wahn,

neuen Lebensraum erobern zu müssen, abzuschaffen, nicht wirksam gelöst werden. "Der Todfeind sitzt nicht jenseits unserer Grenzen, sondern in unseren Köpfen und Herzen." Ihn zu besiegen, genügt jedoch nicht ein Appell "Liebet Eure Feinde!", genügen auch nicht Resolutionen und Proteste. Eine grundlegende Änderung der "Mentalität" wird erst dann möglich sein, wenn am Ende dieser Spätblüte der Kapitalismus mit seiner Expansionsfähigkeit seinen Antrieb - die Gewinnmaximierung - und damit seine Lebensberechtigung verliert und auf Weltebene die Konzentration der Wirtschaftsmacht in den Händen weniger einer Vergesellschaftung und Demokratisierung auch dieses Sektors menschlichen Lebens platzmacht. Baades Buch schließt: "Nur die Sanftmütigen werden dieses Erdreich besitzen!" Ihre Zeit kann jedoch erst kommen, wenn die konkreten Verhältnisse danach sind.

M. Vester

MITTEILUNGEN DES BUNDESVORSTANDES

1. Es ist nun doch noch gelungen, für dieses Semester ein Bundesseminar zu organisieren. Das Seminar hat das Thema: "Massenmanipulation und politisches Bewußtsein". Die einzelnen Referate haben folgende Themen:

   "Politische Theorien der Aufklärung"
   "Werbung und politisches Bewußtsein"
   "Instrumente der Massenbeeinflussung" (an Hand einer empirischen Untersuchung über die 'Bildzeitung')
   "Tendenzen der westlichen Industriegesellschaften"
   "Möglichkeiten der Bewußtseinsbildung durch die Gewerkschaften"

   Neben diesen Themen werden wir die Lage der Gruppen und die Politik des Bundesvorstandes diskutieren. Es ist deswegen besonders wichtig, daß jede Gruppe zumindest einen Vertreter entsendet. Bis zu drei Mitglieder jeder Gruppe können maximal teilnehmen.

   Die Anreise zum Seminar findet im Laufe des Freitagabend, den 24. 2. 1961, statt. Abreise ist Dienstag morgen, den 28. 2. 1961. Der Tagungsort liegt in der Gegend von Frankfurt und wird Euch mit der Bestätigung Eurer Anmeldung genauer mitgeteilt. Die Anmeldungen sind zu richten an: Monika Seifert, Frankfurt/Main, Bockenheimerwarte - Studentenhaus. Die Unkosten für den einzelnen Teilnehmer werden sich auf etwa DM 20,-- belaufen.

2. In allen Großstädten bilden sich seit einiger Zeit regionale Ausschüsse für den "Ostermarsch der Atomwaffengegner". Nach dem Vorbild des englischen Ostermarsches und in Zusammenarbeit mit diesem werden über die Ostertage von verschiedenen zentralen Punkten in Deutschland mehrtägige Protestmärsche durchgeführt werden. Die Märsche werden offiziel nicht von Organisationen, sondern von Einzelpersonen veranstaltet. In den vorbereitenden Ausschüssen sind vor allem Jungsozialisten, Falken, Naturfreunde und die Gewerkschaftsjugend vertreten. Wir möchten alle SDSler auffordern, in den vorbereitenden Ausschüssen mitzuhelfen und sich an den Märschen zu beteiligen.

3. Unser Verband ist in der gegenwärtigen Situation mehr denn je auf die solidarische Mitarbeit sowie auf disziplinlertes Verhalten aller Mitglieder angewiesen. Wir werden in Zukunft unsere Arbeit nur dann erfolgreich weiterführen und unsere Aufgaben verrichten können, wenn jeder Einzelne wie jede Gruppe den Satzungen des SDS, den gültigen Beschlüssen und unseren "Grundsätzen und Zielen" nachkommt und als Basis

und Rahmen der Tätigkeit anerkennt. Ein Höchstgrad an Liberalität wird unter dieser Voraussetzung jederzeit gewährleistet sein, kann aber erst dann für den Verband fruchtbar werden, wenn sie sich auf diese solidarische Verbandsdisziplin stützt.

Die Gruppe Münster hat durch ihr Verhalten den Bestand des Verbandes in flagranter Weise gefährdet. Der Bundesvorstand ist sich darüber im klaren, wie gefährlich eine Ausschlußpolitik für den SDS ist, aber er sah sich zu dem Ausschluß der Gruppe gezwungen, um die Verbandspolitik und den Verband insgesamt nicht durch die Aktivitäten Einzelner fragwürdig erscheinen zu lassen. Trotz ausführlicher Diskussionen mit der Gruppe Münster war diese nicht bereit, ihr verbandsschädigendes Verhalten aufzugeben.

Der Bundesvorstand des SDS hat am 6. 2. 1961 einstimmig beschlossen, die bisherige Gruppe Münster gemäß § 8 des Bundessatzung wegen verbandsschädigenden Verhaltens aus dem Verband auszuschließen.

Begründung: Der Bundesvorstand des SDS hat am 7. Juni 1960 gegen das Mitglied der Gruppe Münster Horst Stuckmann Ausschlußantrag gestellt. Horst Stuckmann hat sich dem Ausschluß aus dem Verband aufgrund dieses Ausschlußantrages am 20. Juli 1960 durch Austritt entzogen. Er hat diesen Austritt durch Rundschreiben im Verband bekanntgegeben. Die Gruppe Münster hat im Wintersemester 1960/61 Horst Stuckmann erneut aufgenommen.

Der Bundesvorstand hat am 3. August 1960 gegen die Mitglieder der Gruppe Münster Jörg Högemann, Joachim Hindemith und Peter Ost Ausschlußanträge gestellt. Da die Fristen während der Ferien ruhen, konnten die Ausschlußanträge von der Delegiertenkonferenz am 1. und 2. Oktober 1960 in der Gruppe Münster nicht mehr behandelt werden. Die Gruppe Münster hatte diese Ausschlußanträge nicht weiter verfolgt. Sie gibt an, die Ausschlußanträge am 15. November 1960 in der Mitgliederversammlung erörtert und als hinfällig geworden abgetan zu haben. Die Gruppe hat dem Bundesvorstand diesen Sachverhalt nicht migeteilt.

Der Bundesvorstand des SDS hat aufgrund eines einstimmigen Beschlusses die Gruppe Münster am 21. Dezember 1960 suspendiert. Unter Hinweis auf § 8 der Bundessatzung hat der Bundesvorstand der Gruppe mitgeteilt, daß er die Nichtbehandlung der Ausschlußanträge als eine Verletzung der Bundessatzung und die Wiederaufnahme von Horst Stuckmann als eine Umgehung der Bundesausschlußordnung betrachtet und als verbandsschädigendes Verhalten ansieht. Er hat die Gruppe Münster aufgefordert, ihr verbandsschädigendes Verhalten aufzugeben. Die Gruppe Münster hat durch ein Schreiben vom 16. 1. 1961 dem Bundesvorstand mitgeteilt, daß sie ihr Verhalten nicht ändert. Sie betrachtet die Ausschlußanträge im Falle Ost, Hindemith und Högemann als nicht gestellt, weil der Antragsteller aufgrund der Neuwahlen nicht mehr Mitglied des Bundesvorstandes ist. Im Falle Horst Stuckmann ist die Gruppe der Auffassung, daß eine Umgehung der Bundesausschlußordnung nicht vorliegt.

Die Gruppe Münster hat damit das vom Bundesvorstand gerügte Verhalten nicht eindeutig geändert. Sie hat nicht einmal die Ausschlußanträge neu behandelt, obwohl der Bundesvorstand sie eindeutig auf die Fortgeltung aufmerksam gemacht hat. Sie hat damit im Falle Ost gegen den Beschluß des Bundesvorstandes vom 3. Juni 1959, bestätigt auf der Delegiertenkonferenz in Göttingen 1959, verstoßen, nach dem die Mitgliedschaft im SDS mit der Mitarbeit an der Zeitung "konkret" nicht vereinbar ist. Sie hat sich ferner hinter die Umgehung der Bundesausschlußordnung durch Horst Stuckmann und somit hinter dessen verbandsschädigendes Verhalten und hinter die Zusammenarbeit von Joachim Hindemith und Jörg Högemann mit Horst Stuckmann gestellt. Der Bundesvorstand sieht sich daher gezwungen, die Gruppe Münster aus dem Verbande auszuschließen. Dieser Beschluß ist mit sofortiger Wirkung rechtskräftig.

gez. Michael Schumann

BERICHTE AUS DEN GRUPPEN

Leider lagen bei Redaktionsschluß nicht von allen Gruppen Meldungen über durchgeführte Veranstaltungen und künftige Aktivitäten vor, so daß hier nur von denjenigen Gruppen berichtet werden kann, die uns rechtzeitig informierten.

BERLIN

Der Landesverband Berlin plant für Ende April ein Seminar zum Abschluß an der Arbeit am Hochschulprogramm unter dem Thema: Politische Bildung. Für das Sommersemester ist ein internationales Seminar vorgesehen über die Entwicklung der sozialistischen Theorie und die kommunistische Bewegung, an dem Studenten aus der französischen PSU und dem nationalen Studentenverband UNEF teilnehmen werden.

Die FU-Gruppe Berlin konnte auf ihrer Gruppenvollversammlung am 20.1. zehn neue Mitglieder aufnehmen.
Gemeinsam mit den Zehlendorfer Falken führte sie eine gut besuchte Veranstaltung über "Die Situation des Sozialismus in Westeuropa" durch. Zu diesem Thema referierten Henning Kjelgard, IUSY-Studentensekretär, über Dänemark und die skandinavischen Länder und Mitglieder der Gruppe über Italien, Frankreich und Belgien.
Auf der ersten Sitzung des Konvents nach den Neuwahlen wurde mit 34 zu 25 Stimmen (2 Enthaltungen) das SDS-Mitglied Martin Anderson zum ersten Vorsitzenden des Konvents gewählt, damit ist die Periode der RCDS-Vormacht an der FU beendet. Am 17.2. findet die Neuwahl des AStA statt.

BONN

Mit Dr. Bunge, dem Leiter des Brecht-Archiv, wurde eine Veranstaltung durchgeführt, die mit teilweise unbekannten Material aus den zwanziger Jahren - Songs, Gedichten, 'Kaffehausmusik' und Kabarett-Nummern der roaring twenties - den zahlreich erschienenen Zuhörern zu kennerischem Vergnügen verhalf.
Geplant ist von der Gruppe ein Vortragsabend mit dem Verfassungsrechtler Prof. Dr. Ridder.

BRAUNSCHWEIG

Nach einer Veranstaltung mit Joel Brand über den jüdischen Widerstand in der NS-Zeit in Ungarn, einem Abend mit dem polnischen Film "Der Kanal" (gut besucht) und Gruppenabenden über den "Parteitag der SPD in Hannover" und über das "Schulsystem und die polytechnische Bildung in der SBZ" sind zum Thema Industriesoziologie Veranstaltungen über folgende Gebiete vorgesehen:

1) Struktur der industriellen Gesellschaft.
2) Soziologische Probleme der industriellen Arbeitswelt.
3) Zur Frage des Sozialprestiges.

ERLANGEN

Die SDS-Gruppe ist im Wiederaufbau begriffen.

FRANKFURT

Am 15.1. sprach Dr. J. Agnoli, Institut für politische Wissenschaften in Köln, zum Thema "Revisionismus als Missverständnis".
Zu einem großen Erfolg für die Gruppe wurde der Vortrag Prof. Abendroths, Marburg, am 30.1. im Festsaal des Studentenhauses. Vor den zahlreich erschienenen Gästen und Studenten sprach Prof. Abendroth über den "Widerstand der Arbeiterbewegung im Dritten Reich".

In Zusammenarbeit mit der GAG wurde am 28./29.1. einWochenend-Seminar, das sich mit der Rolle der Gewerkschaften in der Bundesrepublik befaßte, durchgeführt.

Auch in Frankfurt, wo Dr. Bunge am 7.2. das gleiche Material wie in Bonn vorführte, war der Veranstaltung ein erfreulicher Erfolg beschieden.

Am 9. 2. sprach Hermann Weber, Mannheim, über "die Sowjetunion nach dem Tode Stalins. Die Diskussion war lebhaft.
Für die Algerienwoche des SDS 20. - 25. 2. 1961 wird eine Ausstellung vorbereitet.

FREIBURG

Auf der Mitgliederversammlung im Januar wurden 5 neue Mitglieder aufgenommen.
Auf Initiative des SDS wurde am 16. 1. vom Studentenrat und von der Studentenvollversammlung[x] des AStA mißbilligt, die gegen ein ungarisches Terrorgesetz gerichtet war, das nach Informationen von den Zeitungsagenturen nicht existiert. Die Vollversammlung nahm einen Antrag an, in dem der AStA aufgefordert wird, künftig bei derartigen politischen Aktionen größere Sorgfalt walten zu lassen. Ferner wurde ein Antrag des LSD-Vorsitzenden Klein angenommen, die Unterschriften zu verbrennen.
Der RCDS ist aus der Arbeitsgemeinschaft für aktive Hochschulpolitik ausgetreten.
Auf Initiative des SDS wurde das politische Forum "debatte" gegründet, das nach einer Veranstaltung über die Schröderschen Reisegesetze (RCDS vertritt Oppositionsstandpunkt, SDS Regierungsstandpunkt) und einer Diskussion mit Carol Szemkus über die Empfehlungen des Wissenschaftsrats am 17. 2. eine Veranstaltung über die Oder-Neiße-Grenze organisieren wird. Am 13. 2. führt der SDS eine Veranstaltung über die geistigen Hintergründe des Nationalsozialismus durch.
Am 11. 2. fand unter der Devise "nachts sind alle Roten schwarz" ein Faschingsball des SDS zusammen mit der Galerie 61 statt.

GERMERSHEIM

Am 8. 2. ist das literarisch-politische Kabarett "Die Streitaxt" aus Karlsruhe in einer öffentlichen Veranstaltung der Gruppe aufgetreten.

GÖTTINGEN

Auf Einladung des RCDS sprach am 31. 1. ein Vertreter der französischen Botschaft über Algerien. Zahlreiche Studenten der Göttinger Universität zeigten sich an diesem Vortrag interessiert, wurden jedoch mit der Begründung abgewiesen, die Veranstaltung sei nur geladenen Gästen zugänglich, um einen ruhigen Diskussionsverlauf zu garantieren.

Diese Einschränkungen lassen vermuten, daß die Vertreter der französischen Botschaft keine echte Diskussion über die französische Algerienpolitik wünschen und daß der RCDS dieser Tendenz entgegenkommt.
Wie in einem Flugblatt, herausgegeben von dem Arabischen Studentenverband, der Afro-asiatischen Studentenunion und Mitgliedern des SDS, festgestellt wird, passe dieses Verhalten zu dem Bild, das der Göttinger RCDS zur Algerienfrage geboten habe. Der RCDS hatte seine Mitarbeit im Algerienkomitee der Göttinger Studentenschaft von der Bedingung abhängig gemacht, daß die Algerienfrage entpolitisiert wurde.
Das Flugblatt schließt mit der Feststellung; "Zweifellos dient aber diese Veranstaltung nicht der Entpolitisierung, sondern sie dient einer Politik, die sich der echten und offenen Diskussion über die Algerienfrage entzieht".

HAMBURG

Klaus Meschkat bestritt einen Gruppenabend durch einen Vortrag über die politischen Aufgaben des SDS und zu Fragen der Hochschulpolitik.
Ein zweiter Diskussionsabend nahm zu dem aktuellen Thema der Notstandsgesetzgebung Stellung.

KIEL

Es arbeiten zwei Arbeitsgemeinschaften über die sozialistische Theorie und eine über Kulturpolitik und Kunst. Mit den übrigen Studentengruppen besteht guter Kontakt, während dem SHB an der Universität nach einigen Rückübertritten nur drei Mitglieder verblieben sind.

x) eine Unterschriftensammlung

KÖLN

Die Gruppe führte (s. Bonn) einen Abend mit dem Leiter des Brechtarchivs, Herrn Bunge, durch. Zuvor hatten Veranstaltungen mit Prof. H. Germens, Ordinarius für politische Wissenschaften an der Universität Köln, und über die Möglichkeiten deutsch-polnischer Zusammenarbeit stattgefunden. Es arbeiten ein von den vier sozialistischen Mitgliedern des Studentenparlaments getragener hochschulpolitischer Arbeitskreis und eine Arbeitsgemeinschaft über sozialistische Theorie.

MAINZ

Die Gruppe verteilte ein Flugblatt mit einer Strafanzeige gegen einen Herrn cand. med. Speh, der in einem offenen Brief den "staatsfeindlichen Charakter des SDS" als Tatsache behauptete.

MARBURG

Nach Vorträgen von Prof. Dr. Th. W. Adorno, Frankfurt, Prof. Dr. O. Flechtheim, Berlin, und Roman Albrecht (Jugoslawien), die je bis zu 500 Besuchern hatten, wird Oberlandesgerichtspräsident Dr. Staff, Frankfurt, sprechen.

MÜNCHEN

Die Gruppe wird im Laufe des Februar ein Filmseminar durchführen.
Zum Thema: "Filmpropaganda und Filmästhetik im sowjetischen Stummfilm" sollen Kurzreferate gehalten und anschließend folgende Filme russischer Regisseure gezeigt werden: Nikolaj Ekk, "Der Weg ins Leben"; Sergej M. Eisenstein, "Die Generallinie" und "Oktober"; Pudowkin, "Das Ende von St. Petersburg".
Die Ausstellung "Ungesühnte Nazijustiz" wurde am 10. 2. in einem Atelier in der Leopoldstraße eröffnet, wo sie 14 Tage lang zu sehen sein wird.
Die Konventswahlen in München gingen eindeutig zugunsten einer Wahlgemeinschaft von ESG, LSD, SDS und ISSF sowie den unabhängigen Studenten aus. Sie erhielt 14 von 25 Mandaten, die übrigen Sitze verteilen sich auf die Katholischen Studentenverbindungen (8) und auf Konventsmitgliedern, die sich keiner Liste angeschlossen hatten (3). Am Wahlkampf unbeteiligt blieben die schlagenden Verbindungen und der SHB.
Die Gruppe trat besonders durch ihr Karnevalsblatt "Erguss" hervor, das den Antiintellektualismus und die Diskussionsfeindlichkeit des RCDS-Blattes "Argus" aufspießte.

TÜBINGEN

Am 23. 1. sprach auf einer Veranstaltung der Oberlandesgerichtspräsident von Württemberg zum Thema "Karl Kraus und die Presse".
Geplant ist eine Grundsatzdebatte über die Möglichkeiten und Ziele des SDS im Rahmen der Aufgaben der europäischen Arbeiterbewegung. Dabei soll der Akzent besonders auf aktuellen revolutionären Bewegungen (z.B. Belgien) liegen.
Nachtrag: Die Algerienaktion der Gruppe Tübingen am Vorabend des Tags der Menschenrehhte, die von der Arabischen Studentenvereinigung unterstützt wurde, begann mit 196 Demonstranten und endete mit über 600 auf dem Marktplatz. Dort wurden die Ansprachen des SDS-Vorsitzenden Ingo Tipolt, des Arabers Hamdy Okda und des Südafrikaners Neville Alexander mit Lautsprechern übertragen. Das Presseecho war ausführlich und freundlich..

WILHELMSHAVEN

Der Algerier Krim Kassim wurde von der Polizei daran gehindert, auf einer "SHB"-Veranstaltung zu sprechen. Daraufhin versuchte der SDS-Vorsitzende Wolf Rosenbaum, die politischen Gruppen für ein öffentliches Podiumsgespräch zwischen Studenten über die Meinungsfreiheit zu gewinnen, stieß jedoch bei dem "SHB" wie auch beim RCDS auf wenig Gegenliebe. Das Unternehmen wurde später dadurch hinfällig, daß das Kuratorium der Volkshochschule die Durchführung der Veranstaltung nicht zuließ. Dem Vernehmen nach hat das Bundesinnenministerium Kassim

inzwischen generelles Redeverbot erteilt, weil die französische Botschaft gedroht habe, Redner aus der DDR in Frankreich sprechen zu lassen, wenn Kassim in der Bundesrepublik sprechen dürfe.

WÜRZBURG

Erfreulicherweise hat sich die Gruppe Würzburg wieder konsolidiert. Sie hat bis jetzt vier neue Mitglieder aufgenommen und hofft, dadurch wieder funktions- und arbeitsfähig zu werden.

---

in eiganer Sache:
Die finanzielle Misere des SDS ist nicht zuletzt am dürftigen Äusseren der 'neuen kritik-informationen' abzulesen; wir haben deshalb auch von der Einrichtung eines Abonnements abgesehen. Wir meinen aber, daß der Inhalt dieser Zeitschrift als Ergebnis der im SDS unter schwereren Bedingungen denn je geleisteten theoretischen Arbeit wertvoll für alle sein kann, denen sozialistische Theorie noch etwas bedeutet.
Bitte, unterstützen Sie unsere Arbeit: Postscheckkonto 31 607 PSchA Ffm